

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantke, Berlin NW. 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: A 2 Flora 4933.

Verlag: A. Lantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Bismarckstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt.
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Ein bedeutungsvoller Akt in der Brauerbewegung vor 40 Jahren

Erinnerungen an die 50. und 60. Wiederkehr der Geburt von in vorderster Reihe der Arbeiterbewegung stehenden Personen sowie an deren 25- und 30jährige hauptamtliche Betätigung sind seit Jahren auch in unserem Verband schon gebracht worden. Auch ist manchen anderen wichtigen Ereignisses im Verbandsleben schon Erwähnung getan worden. Wir nähern uns der Zeit, wo die Betätigung der Ältesten unter uns mehr oder weniger direkt und indirekt mit den wichtigsten Ereignissen unserer früheren Verbände in Verbindung gebracht werden kann.

Jetzt vor 40 Jahren hat sich in der deutschen Brauereiarbeiterbewegung ein Akt vollzogen, der den wichtigsten Markstein in der Geschichte dieser Bewegung bildet, der für sie in bezug auf kulturellen Aufstieg der deutschen Brauereiarbeiterschaft ausschlaggebend war. Während Ende 1884 der Grundstein der Brauereiarbeiterbewegung in Berlin gelegt wurde, blickte von Ende 1891 an alles nach Hannover. Die Zahlstellen erwarteten von dem nach dort gelegten Hauptquartier ihre Direktiven im Kampf um geordnete Arbeitsverhältnisse, vor allem um geregelte Arbeitszeit, um ein größeres Stück Brot und um menschenwürdige Behandlung.

Man muß schon in den achtziger und neunziger Jahren hinter den Brauereimauern, bei 16- und 18stündigem Arbeitstag unter den damaligen Arbeitsmethoden, unter der Fuchtel und der Bevormundung der sonst dümmsten, aber um so ehrgeizigeren Meute von Vorgesetzten der verschiedenen Grade bei kärgem Lohn tätig gewesen sein, um zu begreifen, daß die damals noch in der Mehrzahl des Brauereipersonals gewesenen Brauer aufatmeten, als am 17. August 1885 der offizielle Gründungsakt des „Allgemeinen Brauerverbandes“ vollzogen wurde.

Die Naivität unserer Kollegen von damals erhellt daraus, daß sie wähten, schon allein die Gründung eines Verbandes, das Erkennengeben ihrer Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, werde die Arbeitgeberseite bestimmen, von ihrem unbeschränkt geübten Ausbeutungswillen abzulassen und an dessen Stelle Anerkennung der Brauer als Menschen treten lassen.

Die Gründung des Allgemeinen Brauerverbandes hat zwar bei den darauf folgenden Tagungen der Brauereidirektoren und deren damals bestehenden Verbindungen sozialpolitische Debatten ausgelöst, was aber weniger vom Willen auf Abstellung der vorhandenen Mißstände auf allen Gebieten, als vielmehr dem Drang auf Kampf gegen die bemerkbaren Regungen unter den Arbeitern diktiert wurde. So waren es nur einzelne, die sich in sozialem Sinne für die Arbeiter äußerten, wie z. B. der Generaldirektor der Berliner Schultheiß-Brauerei, Herr Richard Köstke, der Worte des Verständnisses für die Bestrebungen der Brauer fand und der über die Brauereiwelt hinaus als weißer Rabe bekannt war. Ganz allgemein bewertete man in den Kreisen der Brauherren, Direktoren, Braumeister und Vorgesetzten die Brauereibediensteten als Objekt.

Der „Braufnecht“ als Bezeichnung für die Brauereigesellen stammt zwar aus dem Mittelalter, hat sich aber bis vor wenigen Jahrzehnten erhalten; in Bayern sogar bis in die neueste Zeit. Das Gros der Brauereiarbeiter denkt sich jetzt nichts mehr dabei, wenn vom „Schalander“ gesprochen wird, wo noch vor reichlich drei Jahrzehnten der Brauereigeselle aß, trank, schlief, seine Kleider reinigte, sie trocknete, Besuche empfing und seine wenige freie Zeit verbrachte. Schalander ins Deutsche übertragen heißt „Gesindestube“. Es war der Raum, in dem das Brauereigesinde, wozu auch der

Geselle gehörte, sich außerhalb der Arbeitszeit aufhalten durfte.

Noch vor reichlich drei Jahrzehnten waren die Gesellen aber noch nicht frei in ihren Entschlüssen, welche Besuche sie in ihrem Aufenthaltsraum empfangen durften. Mitunter wurde die Gefinnung von Besuchern auf Herz und Nieren geprüft; und wenn bei den Besuchern eine freiheitliche Gefinnung vermutet wurde, verwies man sie des Grundstücks. Auch sonst waren die Gesellen und Arbeiter auf den Schaländern in ihrem Tun nicht frei. Ein Troß von Vorgesetzten überwachte in der Regel, was die Untergebenen wäh-



Richard Wiehle,
Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Brauer 1891—1898

rend ihrer freien Zeit in den Schaländern trieben, welches Gesicht sie bei den Gesprächen aufstreckten und welche Gebärden sie dabei an den Tag legten, welche

Literatur von ihnen gelesen wurde. Je nach Laune dieser Vorgesetzten oder der Braumeister und Brauherren gab es bei nicht richtiger Einstellung und bei anstößigem Benehmen der Untergebenen Verwarnungen oder Entlassung. Und je nach welchem Grade solche Verfehlungen gerade bemerkt wurden, bekamen die auf die Landstraße Gesetzten den Uriasbrief in Gestalt von Geheimzeichen in den Arbeitsbüchern und Zeugnissen mit auf den Weg zur Warnung vor Einstellung in anderen Orten und Betrieben, ohne daß die so Kennzeichneten davon etwas ahnten. In zahlreichen Brauorten, vielleicht gar in den meisten, war sogar allgemein bekannt, daß die Brauherren, noch mehr aber die Braumeister sich gegenseitig verpflichtet hatten, Arbeiter, die aus bestimmten Anlässen entweder entlassen wurden oder die Arbeitsstellen selbst aufgaben, nicht mehr einzustellen.

Schlaglichtartig wird die Wertung der Brauereigesellen als Menschen durch eine Aeußerung beleuchtet, die bald nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Brauerverbandes ein Stuttgarter Brauereitrat. Sie lautet: „Sechs Stunden Ruhezeit sind für die Brauereigesellen hinreichend genug, weil bei längerer Ruhe zuviel Zeit zur Selbstbildung bleibt, was nicht erwünscht und nicht notwendig ist.“ Und in der Zeitschrift „Des Bierbrauers Feierabend“ und im „Schwäbischen Bierbrauer“ war um die Zeit, als die Brauer ihren Verband ins Leben riefen und in den Schaländern von Verbandsfragen zu diskutieren begannen, besonders als die Bewegung auf Süddeutschland überzuspringen drohte, zu vernehmen, daß die Vereinsmeierei nicht im Interesse der Gesellen, noch viel weniger aber in dem der Meister liege.

Die Unfreiheit und die Bevormundung der Gesellen kannte keine Grenzen. Von Pietät und

Ausfertigung.
Begl. Abschrift.

5 Bp. 16/30

Im Namen des Volkes!

In der Privatklagesache

des Sektionsleiters Paul Hensel in Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3 IV, — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Alfred Jacoby, Leipzig —, Privatklägers, gegen

1. den Verbandsangestellten Karl Hugo Max Busch in Leipzig S. 3, Fichtestraße 57,
2. den Schriftleiter Arthur Miersch in Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94,

— vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Metzger in Leipzig —, Angeklagte, wegen Vergehens nach §§ 185, 186, 187, 200 StGBs., zu 2 auch verb. mit § 20 I und II und § 21 des Reichspreßgesetzes,

hat, auf die von dem Privatkläger gegen das Urteil des Amtsgerichts zu Leipzig vom 6. Februar 1930 eingelegte Berufung,

die 5. kleine Strafkammer des Landgerichts zu Leipzig in der Sitzung vom 26. November 1930, an der teilgenommen haben:

1. Landgerichtsrat Schumann, als Vorsitzender,
2. Lehrer Boldt, Leipzig,
3. Architekt Jonas, Leipzig, als Schöffen,

Referendar Bebel, als Urundsbeamter der Geschäftsstelle, für Recht erkannt:

Auf die Berufung des Privatklägers wird das angefochtene Urteil aufgehoben und werden die Angeklagten Busch und Miersch wegen gemeinschaftlicher verleumderischer Beleidigung, von beiden Angeklagten durch Verbreitung von Schriften, vom Angeklagten Busch auch öffentlich begangen,

Busch zu einer Geldstrafe von 200 M., hilfsweise 8 Tage Gefängnis, Miersch zu einer Geldstrafe von 100 M., hilfsweise 4 Tage Gefängnis,

verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung der Angeklagten durch einmaligen Abdruck des verfügenden Teils des Urteils in der „Deutschen Fleischergelellens-Zeitung“ und in der „Einigkeit“ auf der ersten Seite innerhalb eines Monats nach Rechtskraft des Urteils auf Kosten der Angeklagten öffentlich bekanntzumachen.

Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Ausgefertigt am 10. September 1931.

Der Urundsbeamte der Geschäftsstelle bei dem Amtsgericht Leipzig.

L. S. Fröhlich, Justizinspektor.
Beglaubigt.

Leipzig, den 10. September 1931.

Rechtsanwälte
Dr. Hans und Alfred Jacoby,
durch: Popelberg.

Anstand war man so weit entfernt, daß der ungezügelter Herrschucht wegen bei Todesfällen in der Familie der Urlaub verweigert wurde. Wenn sich die Arbeiter trotzdem die Freiheit nahmen, Eltern und Geschwistern die letzte Ehre zu erweisen, so galt das Arbeitsverhältnis ohne weiteres als gelöst. Das wurde wiederholt miterlebt und sogar 1893 noch am eigenen Leibe verspürt. Bei solchen Entlassungen wurde keine Rücksicht genommen ob verheiratet oder nicht. Das Heiraten der Brauergesellen war überhaupt abhängig von der Zustimmung der Vorgesetzten bzw. der Brauherren. Es galt als das größte Risiko, diesen Schritt zu wagen, ohne sich vorher dieser Zustimmung vergewissern zu haben. Soweit das übersehen wurde, war Hochzeit und Entlassung meist ein Akt. Der betreffende Geselle mußte dann meist Arbeit in anderen Berufen suchen.

Die Gründung des Allgemeinen Brauerverbandes wurde durch das übliche Zusprechen und den Aufenthalt wandernder Gesellen bald Schallendergespräch. Die bei den Gesellen geweckten Hoffnungen auf bessere Zeiten waren angesichts der hier skizzierten Verhältnisse nur zu verständlich. Die ersten Delegiertentage waren Tummelplätze leichter Diskussionen. Zwar war aus ihnen die wachsende Unzufriedenheit über die Verhältnisse herauszuhören, die in der Regel vom folgenden Redner immer wieder abgedämpft wurde. Der auf der Arbeiterschaft noch lastende Druck des Sozialistengesetzes verbot eine deutlichere Sprache. Die Angst, daß der Verband der Auflösung verfallen könne, hemmte den Vorstand bei der Ausführung und Befolgung der dort angeregten Richtlinien und regierte die Federführung der Redaktion des Verbandsorgans, bis es im Jahre 1889 in allen Gewerben zu rumoren und Streikflammen emporzulodern begann.

Gegen Ende 1888 hatten die Hamburger Brauherren und Braumeister die Verhandlungen über minimale Forderungen der Gesellen abgelehnt. Die Forderungen wurden im Frühjahr 1889 wiederholt, ohne daß man sie auch nur beantwortete. Die Folge war der Streik, der sich wie ein Lauffeuer durchs ganze Reich wälzte. Die teilweise erst nach den Arbeitsniederlegungen formulierten Forderungen auf Regelung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Einschränkung der Sonntagsarbeit, Beseitigung der Kommune-fürden, anständige Behandlung und ähnliche selbstverständliche Forderungen, wurden größtenteils bewilligt, die Streitenden meist wieder eingestellt, aber weil die Organisation fehlte, bald wieder hinausgeschickt. Begünstigt wurde diese Aufräumearbeit der Brauherren und Braumeister noch durch mangelnde Solidarität der nicht mit in den Streik getretenen bzw. der während oder im Anschluß daran neu eingestellten Gesellen und Hilfsarbeiter. Eine Anzahl Gauvereine (Zahlstellen) wurden auf diese Weise bald dezimiert. Andere mit Braumeisterhilfe und von der Brauherren Gnade lebende Vereine wurden ins Leben gerufen. Stark abträglich war dieser Massenbrauerbewegung noch die Haltung des Verbandsvorstandes, über den die Bewegung hinweggegangen war, der im Verbandsorgan gegen sie und sogar gegen ihre finanzielle Unterstützung durch die Kollegen zu Felde zog. Das war der offene Bruch zwischen dem Vorstand und den klassenbewußt gewordenen Verbandsmitgliedern und solchen Brauern, die bis jetzt noch völlig indifferent waren.

In Hamburg, dem Ausgangspunkt dieser ersten großen Bewegung, wo die Streitenden die Brauereien bald nur noch von außen anstehen konnten und wo der Streik organisierende Verein in Trümmer ging, entstand bald eine auf Betreiben der Brauherren gegründete neue Vereinigung: „Der Hamburger Brauerverein von 1889“, der bei der Gründung des „Bundes Deutscher Brauergesellen“ im Jahre 1893 diesem beitrug. Aus den vom Streik übrig gebliebenen Splittern bildete sich später der „Fachverein der Brauer von Hamburg und Umgegend“, der sich sofort der modernen Bewegung am Ort eingliederte. Hiermit begann eine neue Ära, ein systematischer Kampf im Brauerlager, der näher beleuchtet wird in der „Geschichte der Hamburger Brauerzeitung“, zu der das druckfertige Manuskript seit Jahren bereits vorliegt.

Die inneren jahrelangen Kämpfe im Allgemeinen Brauerverband, die Auswirkungen der spontan entstandenen Streibewegung von 1889, die Stellungnahme des Verbandsvorstandes und des Verbandsorgans hierzu sowie die Tatsache, daß sich gegen die 1889 so verlaufene Bewegung neue Brauervereinigungen bildeten, riefen auch Hyänen auf das Schlachtfeld. Ueber den Kopf des Verbandsvorstandes hinweg, der dem Verband noch weiter die falsche verständene Neutralität sichern wollte, knüpfte der damalige Generalrat Goldschmidt von den „Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften“ Verbindungen mit dem Vorsitzenden des vorerwähnten Hamburger Brauervereins von 1889 an, die zur Herausgabe von mehreren, von Goldschmidt entworfenen Flugblättern zur Polemik im Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften führten, was sich soweit verdichtete, daß Goldschmidt einen Entwurf zu einem Statut mit Hirsch-Dunderscher Einstellung fertigstellte.

Der dritte, 1887 in Frankfurt a. M. stattgefundene Verbandstag hatte beschlossen, den Verbandstag nur alle zwei Jahre und den nächsten 1889 in Hamburg abzuhalten. Dem kam der Vorstand nicht nach,

weil er glaubte, daß dadurch der Verband geschädigt werden könne, und verlegte den Verbandstag nach Leipzig. Hier fand sich noch ohne besondere Debatten eine Mehrheit, die den Schritt billigte. Neue Hamburg hatte bereits diesem Verbandstag einen freisprechenden Sachungsentwurf vorgelegt, dessen Beratung jedoch im Hinblick auf die kurz vorher besudete Massenbewegung abgelehnt wurde.

Zwischen dem Verbandstag 1889 und dem 1890, der in Hamburg stattfand, warf der Hirsch-Dundersche Goldschmidt seine Neze aus. Er fand dabei aber bald einen ersten Widersacher in der Person des Vorsitzenden des Gauvereins Hannover, Kollegen Wiehle, der in einem Flugblatt an die deutschen Brauer die Hirsch-Dundersche Harmonieduselei ins rechte Licht rückte, die Lage der Brauereiarbeiter lebendig werden ließ und zur Bildung von Fachvereinen mit Anlehnung an die klassenbewußte Arbeiterschaft aufforderte. Dem Kollegen Wiehle gebührt zweifellos ohne das Verdienst, durch sein mutiges Auftreten gegen den Plan im entscheidenden Augenblick diesen bereitet zu haben. Goldschmidt war sich nämlich seiner Sache schon so sicher, daß er sich zum Verbandstag in Hamburg persönlich vorstellte, um hier seinen Sachungsentwurf zu begründen. Nach scharfen Zusammenstößen zwischen Goldschmidt und Wiehle lehnte man, aus Besorgnis, der Verbandstag könne der Auflösung verfallen, die Zulassung von Goldschmidt zum Verbandstag überhaupt ab. Sein Kom-plice, der Vorsitzende des Hamburger Brauervereins von 1889, Kollege Lehmeier, erhielt jedoch Zutritt. Es rangen hier bei der Statutenberatung drei Richtungen miteinander, die Hirsch-Dundersche, die freigewerkschaftliche und die neutrale. Der Ernst der Situation des Hamburger Verbandstages wird dadurch gekennzeichnet, daß Lehmeier drohte, daß bei Ignorierung des von Goldschmidt vorgelegten Sachungsentwurfes er mit seinem Anhang den Verbandstag verlassen und mit diesem besonders tagen werde. Der von Goldschmidt vorgelegte und von Lehmeier vertretene Sachungsentwurf enthielt unter anderem auch die Klausel, wonach die Mitgliedschaft beim Verband die Unterzeichnung eines Reverses bedingte, daß Nichtzugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei versichert wurde. Das Ergebnis des Verbandstages von 1890 war, daß noch einmal der Verbandsvorsitzende, Kollege Pennedorf, der zugleich das Verbandsorgan herausgab, feierlich versprach, den Verband in möglichst zeitensprechender Richtung zu leiten. Der Zugriff der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften war abgeschlagen. Statt dessen ging es am Verbandsitz — damals in Dresden — im alten Geleise weiter, was die Gauvereine Berlin, Hannover sowie den Fachverein Hamburg veranlaßte, rechtzeitig entsprechende Vorbereitungen zum Verbandstag, der am 24. September 1891 und folgende Tage in Hannover stattfand, zu treffen. Kollege Klein-Hamburg vom Fachverein rechnete längere Zeit vor dem Kongreß in Form eines an die deutschen Brauer gerichteten Flugblattes mit dem Verbandsvorstand und mit dem Hirsch-Dunderschen Goldschmidt unter starker Hervorhebung, daß die Brauer nur im Vertrauen auf die sozialdemokratische Vertretung gewinnen könnten, scharf ab. Nach einer im Juli 1891 zwischen den Führern der Gauvereine Berlin und Hannover in Berlin stattgehabten Aussprache flatterte der Aufruf zur Besichtigung des Kongresses zu uns in die Provinz.

Auf dem Verbandstag bzw. dem Kongreß am 24. September 1891 in Hannover wurde neuer Grund gelegt. Erst wollte es scheinen, als ob der Plan, ein neues Gebäude zu errichten, scheitern sollte. Im Gegensatz zum Hamburger Verbandstag war es hier die fortschrittlich gesonnene Richtung, die mit dem Verlassen der Tagung und mit der Gründung eines neuen Verbandes drohte; wenn ihnen auf der Tagung nicht freiwillig die gleichen Rechte eingeräumt würden, was dann auch geschah, weil man den alten Verband erhalten, ihn nur umgestalten wollte. Die Verbands-tagungsverhandlungen von 1891 waren eine ausgeprägte sozialpolitische Diskussion. Mit geringer Mehrheit kamen die auf Umbau abgestellten Beschlüsse zustande. Mit Annahme des Antrages Richter-Berlin, daß der Verbandsvorstand verpflichtet werde, dahin zu wirken, daß zukünftig die Mitglieder dem Zeitgeist entsprechend aufzuklären seien, war das Eis gebrochen. Pennedorf, der seit 1886 Verbandsvorsitzender war, legte sein Amt nieder. An seine Stelle trat Richard Wiehle-Hannover. Sitz des Verbandes wurde Hannover, er blieb es bis 1909. Die Verlagsrechte des Verbandsorgans, über dessen Haltung seit 1889 ständig geklagt wurde, hatte der Vorsitzende veräußert. Wiehle wurde mit der Herausgabe eines neuen Verbandsorgans beauftragt, das ab 1. November 1891 in Hannover erschien, unter „Deutsche Brauerzeitung“ firmierte und von Wiehle auch redigiert wurde. Außer dem Verbandsvorsitz und der Redaktion der „Deutschen Brauerzeitung“ wurden Wiehle auch die Geschäfte des Hauptkassierers übertragen. Der Zentralverband Deutscher Brauer — so firmierte die Organisation der Brauer nunmehr — war straff zentral gegliedert. Die Gauvereine Berlin, Hannover, Braunschweig und Kiel bildeten die ersten Zahlstellen des neuen Verbandes, ihnen gliederte sich sofort der Fachverein der Brauer

von Hamburg und Umgegend als solche an. Die anderen Gauvereine traten aus dem Verband aus und schlossen sich dem 1893 auf Betreiben der Arbeitgeberseite als Gegengewicht gegen den Verband ins Leben gerufenen „Bund Deutscher Brauergesellen“ an. Mit rund 550 Mitgliedern im ganzen Reich und ohne einen Pfennig Geld ging der Stapellauf des neokonstituierten Verbandes ins freigewerkschaftliche Dasein vor sich. Es gehörte bei Wiehle, der eine relativ gesicherte Existenz in der Brauerei hatte, viel Mut dazu, diesem mit dem Verbandsposten zu vertauschen und sich der Widerwärtigkeiten auszusetzen, die sich damals dem Verbandsleben reichhaltig boten.

Die Vorgänge zurück bis zur Einladung zum erwähnten Brauerkongreß, der im September 1891 in Hannover tagte, wurde persönlich miterlebt. Es war da die Arbeiter, nachdem das Sozialistengesetz im Jahre vorher gefallen war, etwas freier zu atmen begonnen, eine etwas gereizte Atmosphäre. Man brauchte nicht einmal organisiert zu sein, sich aber im Sinne der neuen Verbandsrichtung oder der neuen Verbandszeitung zu äußern, schon machte man mit der Landstraße Bekanntschaft.

Der Verband machte sichtbare Fortschritte. Die Nürnberger Brauer traten schon Anfang November dem Verband bei, reichlichen Forderungen ein, und es brannte schon Weihnachten 1891 dort sichtlich. Das war der erste von zentraler Hand freilich ohne Geld geführte, umfangreiche, langwierige mit einem Teilerfolg ausgegangene Brauerstreik, wo bei sich Wiehle die erste Gefängnisstrafe holte. Schlaglichtartig wurde dabei der Hochmut der Brauereigewaltigen beleuchtet in einem Ausspruch des Brauereibesizers Herrn von Tucher, der wörtlich sagte:

„Ich lasse mir von niemand Vorschriften machen, was ich mag, lasse arbeiten, so lange ich mag, nehme Leute, die ich will, fürchte keinen Kampf. Wenn mein Betrieb zurückgeht, so bleibe ich doch noch Baron von Tucher.“

Bezeichnend für die Zweckbestimmung der 1893 gegründeten gelben Brauerorganisation war, daß man schon bei dem Nürnberger Streik den Streikenden öffentlich mit ihr drohte.

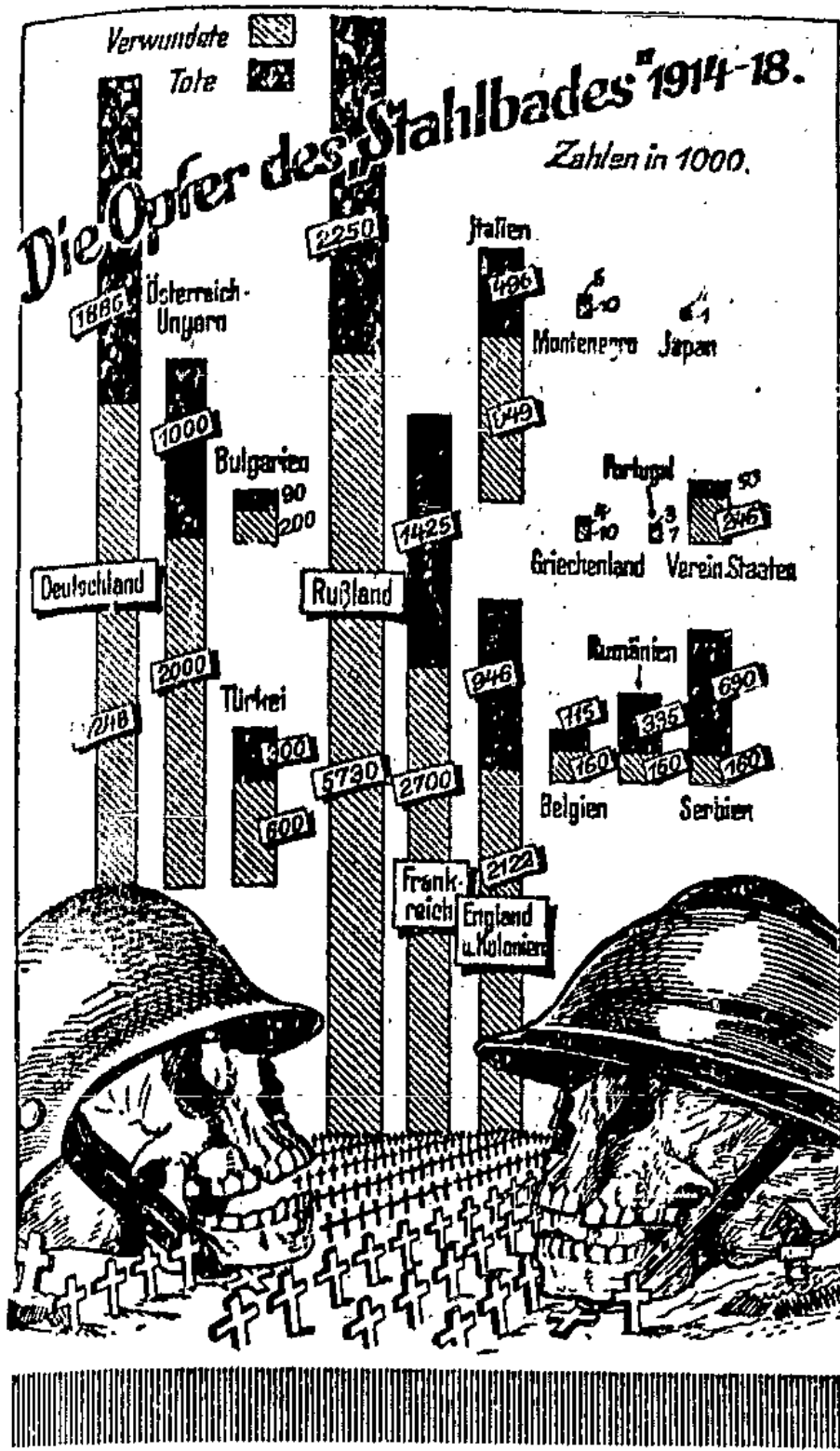
Unterstützt von der allgemeinen organisierten Arbeiterschaft trotzte das Verbandschiff den ärgsten Stürmen. Der Verband verschaffte sich in kurzer Zeit die vollste Anerkennung auf Mitbestimmung im Lohn und Arbeitsverhältnis. Der erste, mit den Stuttgarter Brauereien auf der Basis gegenseitiger Anerkennung vereinbarte Tarifvertrag trägt die Jahreszahl 1892, ein Dokument, das von dem Deutschen Brauerbund als Beweisstück frühzeitiger, sozialer Einsicht erstmals 1927 auf der „Gesofei“ in Düsseldorf öffentlich ausgestellt war.

Geradezu bahnbrechend wirkte der Verband der Brauereiarbeiter auf den Inhalt der Tarifverträge. Seine Mitglieder führten eine gewerberechtliche Klärung über die Anwendbarkeit des § 616 BGB. zuerst mit herbei. Schon anfangs 1900 wurden Vertragsentwürfe mit Forderungen auf Fortzahlung des Lohnes bei Krankheitsfällen usw. eingereicht. Noch im gleichen Jahre gab es eine Anzahl abgeschlossener Tarifverträge mit entsprechenden Vertragspositionen. Anfangs 1903 wurde in fast allen vereinbarten Tarifverträgen Urlaub mit Lohnfortzahlung verankert. Wenige Jahre später arbeiteten über 80 Proz. der Berufsangehörigen unter Verhältnissen, die vom Verband mitgeformt wurden. Bei Kriegsausbruch war in den Hauptbrauorten der neunstündige Arbeitstag vorherrschend, die Löhne der Brauereiarbeiter standen mit an erster Stelle, das Mitbestimmungsrecht des Verbandes im Lohn- und Arbeitsverhältnis hatte einen hohen Grad erreicht. Im Aufbau und in seiner Verfassung war der Verband musterhaft, das Organisationsverhältnis der Brauereiarbeiter war das günstigste mit, die Verbandsfinanzen die denkbar besten.

Die Mitglieder selbst besaßen ein guter Geist, sie waren stark von Allgemeinsolidarität durchdrungen, sie stellten auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung ihren Mann. Der den Brauereiarbeitern anhaftende Bescheidenheit wegen ist nach außen viel zu wenig bekannt geworden, daß sie besonders in ländlichen Distrikten oft überhaupt den einzigen Stützpunkt in der Bewegung bildeten. Das ist teilweise noch jetzt so und mag auch so bleiben.

Wenige dürften es sein, denen es vergönnt war, die hinter uns liegenden vier Jahrzehnte harten Pionierarbeit voll zu überblicken. Für die weniger wird es aber eine Genugtuung sein, an der Arbeit zum kulturellen Aufstieg einer damals im größten Elend befindlichen Berufsgruppe mitgeholfen zu haben.

Die Entwicklung wäre schief dargestellt, wenn man nicht anerkennen wollte, daß es Leute wie des Kollegen Wiehle bedurfte, um den Strom ins richtige Bett zu leiten. Kollegen Wiehle, dem jetzt Siebzigerjahren, gebührt der Dank der Brauereiarbeiter für alle Zeiten. Er war es nämlich, der die Bewegung der Hirsch-Dunderschen Richtung entrückte, was von unermessbarem Wert für sie war.



Krieg dem Kriege!

Die Kriegsopter.

Obwohl der Ursprung der furchtbaren Not unserer Zeit auf die Auswirkungen des Weltkrieges zurückzuführen sind, gibt es doch bereits wieder zahlreiche Fanatiker oder Verbrecher, die wieder mit neuen Massenmordgedanken spielen und ernsthaft zu neuem Krieg heizen. Vergessen sind bei ihnen die Meere von Blut und Tränen, die das „Stahlbad“ der Völker begleiteten, vergessen die Millionen Opfer, über deren genaue Zahlen in den beteiligten Ländern unsere Bildstatistik Aufschluß gibt. Immer und immer wieder müssen wir auf die Opfer hinweisen, damit in der von giftigem Mißtrauen erschütterten Welt endlich eine Aussicht auf Friedenssicherung und Verständigung möglich wird. „Der Krieg ist ein Vorhang, hinter dem Menschen und Völker geheime Sünden treiben, die sonst die Welt nicht dulden würde“, sagte Springfield mit Recht und darum kämpfen alle Gutgesinnten um die Zerstörung dieses Vorhanges.

Rüstungswahnsinn. Ueber 16 1/2 Milliarden Mark wurden nach den Angaben im Rüstungsbuch des Völkerbundes im letzten Jahre von 60 Regierungen dem Moloch Militarismus geopfert. Allein in diesem Jahre wuchsen die Rüstungsausgaben um über 400 Millionen Mark an — und das nach über einem Dutzend Abrüstungskonferenzen! Trotz Deutschlands weitgehender Rüstungsbeschränkung auf Grund des Versailler Vertrages haben die anderen Militärstaaten die Aufrüstung weiter fortgesetzt. Unsere Bildstatistik zeigt, welche Riesensummen (insgesamt bzw. pro Einwohner) im letzten Jahre der Rüstungswahnsinn kostete. Diese Summen abzubauen und sie sozialen und kulturellen Zwecken zuzuführen, muß heute mehr als je Aufgabe der Sozialisten und Friedensfreunde aller Länder sein. Schärffter Kampf für einen ehrlichen Abbau der wahn-sinnigen Kriegsrüstungen, fort mit Giftgas, Tanks, Kriegsflugzeugen, Geschützen und andern Mordwaffen!



5-Tage-Woche in den Brauereien

Zu unserm Bericht über den Kampf um die Durchführung der 5-Tage-Woche in den Brauereien liegen uns weitere Vereinbarungen vor.

In Frankfurt a. M. wurde das Abkommen getroffen, daß Dienstag oder Mittwoch arbeitsfrei bleibt und die Arbeitszeit am Sonnabend 6 Stunden und an den übrigen vier Werktagen je 8 1/2 Stunden beträgt. Ein Abschlafen der Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen findet nicht mehr statt, sondern es erfolgt Bezahlung. Gleichzeitig wurden die Löhne neu geregelt, in der Weise, daß der Wochenlohn in Lohnklasse I 50,80 Mk., in Lohnklasse II 43,40 Mk. beträgt. Auch hier ist ein Lohnausgleich mit enthalten. Für Friedberg in Hessen wurden die gleichen Vereinbarungen getroffen. Geringere ermäßigten sich hier die Wochenlöhne entsprechend der verkürzten Arbeitszeit.

Im Bürgerlichen Brauhaus Börlitz der Aktienbrauerei Börlitz und in der Niederlage der Dresdener Waldschlößchen-Brauerei ist der Mittwoch als arbeitsfreier Tag bestimmt. Das Abkommen gilt auch für die Lehrlinge. Durch die Kürzung der Löhne um 14 Proz. ist ein kleiner Lohnausgleich zu verzeichnen.

In Hannover ist der Donnerstag als arbeitsfreier Tag bestimmt. Bei der Neuregelung der Löhne konnte ebenfalls ein Lohnausgleich erreicht werden.

In der Aktienbrauerei in Hildesheim ist der Mittwoch als arbeitsfreier Tag eingeführt, für das Fahrpersonal abwechselnd je einen Tag in der Woche. Auch hier ist bei der Neuregelung der Löhne ein Lohnausgleich vereinbart worden.

Die Vereinbarung in Kassel bestimmt als arbeitsfreien Tag den Donnerstag. Die Neuberechnung der Löhne erfolgte auf Grund der Beträge vor dem letzten Lohnabbau, so daß auch hier ein Lohnausgleich erreicht werden konnte.

In Magdeburg wurde der Donnerstag als arbeitsfreier Tag vereinbart. Ein Lohnausgleich wurde ebenfalls erreicht. Mainz-Wiesbaden vereinbarte den Mittwoch als arbeitsfreien Tag. In Minden i. W. wurde der Mittwoch als arbeitsfreier Tag erklärt, ebenfalls in Münster. Nach dem Abkommen in Ostfriesland bleibt der Mittwoch arbeitsfrei. Die Löhne ermäßigten sich durch die Einführung der 40-Stunden-Woche um 15 Proz. Die Vereinbarung in Stadthagen i. W. bestimmt den Donnerstag als arbeitsfreien Tag. In Weiswasser wird der Montag, eventuell der Mittwoch als arbeitsfreier Tag festgesetzt. Bei der Neuregelung der Löhne ist ebenfalls ein Lohnausgleich durchgeführt worden.

Die 40-Stunden-Woche ist nunmehr in 384 Betrieben mit 21 005 Beschäftigten tariflich geregelt. Diese bedeutenden Erfolge müssen uns anspornen in den noch außenstehenden Tarifgebieten ebenfalls die 5-Tage-Woche zu erreichen. Nur dadurch wird es möglich sein, weiteren Erlassungen infolge der Wirtschaftskrise Einhalt zu gebieten. Was bereits möglich war, muß auch anderwärts durchgeführt werden können. Es ist daher notwendig, in weiten Kreisen der Kollegenschaft Aufklärung zu schaffen, damit sie der Organisationsleitung

bei der Durchführung dieser wichtigen Bestimmungen helfend zur Seite stehen. Die Durchführung der 5-Tage-Woche wird wohl da und dort auch von der Kollegenschaft Opfer fordern. In ihrem Interesse liegt es jedoch, für die Verkürzung der Arbeitszeit mitzukämpfen, um sie vor der größeren wirtschaftlichen Verelendung der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Noch nicht beruhigt

Seit der Entscheidung des Reichswirtschaftsrates in der Frage des Nachtbrotverbots sind wieder Artikel in der „Konsumgenossenschaft Rundschau“ von Klepzig erschienen. In Nr. 35 wird zu der Entscheidung des Reichswirtschaftsrates in der Weise Stellung genommen:

„Die Konsumgenossenschaften denken nicht daran, wegen dieser Zustände ihre grundsätzliche Forderung — Freigabe des Drei-Schichten-Betriebes — fallen zu lassen. Nur dieser verbürgt die im Interesse der rationellen Wirtschaft und der billigeren Versorgung des Volkes unbedingt notwendige Ausnutzung der Großbetriebe. Die Feinde dieser vor wenigen Jahren noch von der überwältigenden Mehrheit aller Gewerkschaften und der Arbeiterpresse Deutschlands energisch und mit zwingenden Gründen vertretenen Forderung machen sich die Sache sehr leicht. Als die Konsumvereine sich feinerzeit über ihre offenkundige Benachteiligung durch das Nachtbrotverbot zugunsten des rückständigen Kleingewerbes beschwerten, steckten die freiwilligen Helfershelfer der Innungskrauter, jener jahrzehntelangen eingefleischten Verfechter der wirklich kultur-schändenden ständigen Nachtarbeit, ihr weißestes Gesicht auf und erzählten überlegen lächelnd den Konsumvereinen: sie müssen eben „rationalisieren“. Sie täten das aber nicht, seien also „rückständig“.“

Nach der bisherigen Einstellung wundern wir uns nicht, wenn auch jetzt r. h. die Konsumgenossenschaften auf ihrer Forderung „Beseitigung des Verbots der Nachtarbeit“ bestehen. Erfolg werden sie damit nicht haben. In Nr. 36 geht Klepzig wieder mit scharfem Geschütz gegen unsere „Einigkeit“ vor. Aus dieser Arbeit geben wir unseren Mitgliedern einige Blütenlesen wieder, um zu beweisen, in welcher „fachlicher“, „vornehmer“ Weise der Kampf von dieser Seite geführt wird. Wir werden beschuldigt des „Konsumgenossenschaftschädigenden Verhaltens“, der „groben Täuschung der Öffentlichkeit mit falschen Angaben und Zahlen“, der „Verleitung konsumgenossenschaftlicher Mitarbeiter zu strafbaren Handlungen und anderen Ungehörigkeiten“, der Verdrehungen und unwahren Behauptungen“ und „zu plumpen und unehrlichen Abwehrmitteln zu greifen“. Wir sollen weiter die Konsumgenossenschaften mit Schmutz beworfen haben in der unflätigsten Weise.

Wir stellen demgegenüber erneut fest: Klepzig erbrachte bis jetzt noch nicht den Nach-

weis, daß die Veröffentlichungen in unserer Broschüre „Das Nachtbrotverbot und sein Einfluß auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Bäckergewerbe“ nicht den Tatsachen entsprechen. Klepzig wird sicher den Gegenbeweis unserer Angaben nie erbringen können. Statt dessen glaubt er, den Spieß umdrehen zu müssen und unsere stichhaltigen Argumente als voller „Unrichtigkeiten und Unwahrheiten“ hinzustellen. Damit lockt er aber keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Es würde sicher ein leichtes sein, das Gegenteil zu beweisen, wenn es zutreffen würde, daß unsere Broschüre mit Unrichtigkeiten und Unwahrheiten gespickt ist. Statt diesen Nachweis zu erbringen, wird eine neue Behauptung aufgestellt, nämlich: das Nachtbrotverbot hat in den letzten 13 Jahren die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Backwarenversorgung stark geschmälert und die Wirtschaftlichkeit der konsumgenossenschaftlichen Bäckereibetriebe sehr geschwächt. Wenn wir Umschau halten bei den konsumgenossenschaftlichen Bäckereibetrieben, so sehen wir das Gegenteil. Ihre Entwicklung ist in der Nachkriegs- und besonders in der Inflationszeit mit Riesenschritten vorwärts gegangen. Wir sehen heute riesige Bäckereianlagen mit modernster technischer Einrichtung, die zweifellos nur deshalb errichtet werden konnten, weil trotz des Verbots der Nachtarbeit die Verdienstmöglichkeit vorhanden war; denn wäre Klepzig's Behauptung zutreffend, dann würden unmöglich die vielen neuen Bäckereianlagen errichtet worden sein. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen werden, daß die Betriebsbelegschaft in diesen wenigen Jahren einen Zuwachs zu verzeichnen hatte, wie er früher bei dem Bestehen der Nachtarbeit undenkbar war. Wenn durch die Wirtschaftskrise die großen Betriebsanlagen nicht mehr voll ausgenutzt werden können, so ist bestimmt nicht das Verbot der Nachtarbeit daran schuld.

Die von Klepzig veröffentlichte Artikelserie zum Verbot der Nachtarbeit stellt bestimmt kein Ruhmesblatt in der Geschichte der proletarischen Konsumgenossenschaftsbewegung dar. Den unrühmlichen Erfolg, den er damit erreichte, überlassen wir ihm gern.

Oeffentliche und private Wirtschaft

Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß behandelte die öffentliche und private Wirtschaft, zu der, wie wir bereits berichtet hatten, Oberbürgermeister Genosse Brauer, Altona, das Referat übernommen hatte. Aus der mittelalterlichen Staats- und Stadtwirtschaft ragen heute noch Ueberreste heraus. Im Vergleich zu dieser mittelalterlichen Wirtschaft hat sich jedoch die öffentliche Hand aus der Wirtschaft zurückgezogen. Die Neuzeit erfordert aber wiederum in stärkerem Maße eine Rückkehr zur öffentlichen Wirtschaft. Durch die Zusammenballung der Bevölkerung in den Städten entstanden Massenbedürfnisse, deren Bedeutung für die Allgemeinheit eine gemeinsame Deckung und öffentliche Bewirtschaftung wünschens-

wert erscheinen läßt. Die private Wirtschaft kennzeichnet sich immer deutlicher als eine ungeeignete Wirtschaftsform für lebensnotwendige Bedarfsgegenstände und ihre Organisationsfehler zeigen als Begleiterscheinung zahllose Zusammenbrüche und verheerende Krisen. Auch die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft führen zur öffentlichen Wirtschaft hin. Aus der individualistischen Wirtschaft ist bereits in vielen Industrien eine kollektivistische Wirtschaft geworden. Wo durch solche Zusammenschlüsse und Vereinbarungen die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst, die Selbstkosten der Privatwirtschaft kontrolliert werden. Die Flucht der Privatwirtschaft aus dem Risiko durch Beseitigung der Konkurrenz gebe dem Unternehmer seine Existenzmöglichkeit. Es ist selbstverständlich, wenn die Allgemeinheit nicht nur am Verlust, sondern auch am Gewinn der Privatwirtschaft beteiligt sein will, auch eine Verstärkung des Einflusses auf die Wirtschaftsführung verlangen muß. Erst durch die öffentliche Kontrolle der Betriebe wird die erforderliche Synthese von Wirtschaft und Staatspolitik hergestellt.

Im Vordergrund der privaten Produktion steht nicht die Bedarfsdeckung, sondern der Verdienst. Diese Einstellung der Privatwirtschaft muß zu Erschütterungen der Volkswirtschaft führen. Durch eine solche falsche Politik werden Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen und aus Steuerzahlern und Käufern wird eine Belastung der Allgemeinheit. Die öffentliche Wirtschaft bedeutet noch nicht Sozialismus. Die maßlosen Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft haben stets politischen Hintergrund. Die Angriffe der Privatwirtschaft stehen im trassen Widerspruch zu dem Gedanken des freien Wettbewerbs. Heute verlangt das Staatsinteresse den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft. Die industriellen Großunternehmen bilden wirtschaftliche Herzogtümer, denen gegenüber das Reich sich eine wirtschaftliche Hausmacht verschaffen muß. Die Interessen der Allgemeinheit müssen dabei allen Individualrechten vorgehen. Die politische Demokratie allein genügt nicht; sie wird erst gesichert und fundiert durch eine Demokratisierung der Wirtschaft und Rationalisierung der jetzigen Wirtschaftsverfassung. Der öffentliche Betrieb ist ein Anfang und ein Teil dieser Entwicklung. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Verjagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise ist die verstärkte Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspringt ihrem geschichtlichen Aufgabekreis. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der

Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditrosselung zu einer starken Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der Gesamtwirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder privatwirtschaftlichen Rentenwillen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftsträfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeits-

Beschirmt die Organisation!

Am 26. September
ist der 40. Wochenbeitrag fällig

losigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrsweesen und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongreß erblickt in der Verstärkung der Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft.

Die Fischindustrie im Jahre 1930

Der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft herausgegebene Jahresbericht über die deutsche Fischerei 1930 geht auch auf die Verhältnisse in der Fischindustrie ein. Konnte in diesem Produktionszweig 1929 noch eine Produktionssteigerung erzielt werden, so lagen 1930 die Verhältnisse weit ungünstiger. Die Produktion ist auf etwa zwei Drittel gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Im besonderen wirkten sich die hohen Preise für Heringe ungünstig aus, da der Hering das Hauptrohmaterial darstellt. Die unmittelbare weitere Folge waren hohe Preise, wodurch die an sich durch die geschwundene Kaufkraft bedingte Absatzstockung vergrößert wurde.

Der Bericht läßt nicht unerwähnt, daß eine gesunde Preiskalkulation infolge der Uneinigkeit der Fischindustrie nicht durchführbar war. Damit wird der Fischindustrie selbst ein nicht unerheblicher Vorwurf gemacht. Um überhaupt bessere Absatzmöglichkeiten zu schaffen, wurden gesetzliche Maßnahmen betr. Vorschriften über Normalabesen verlangt. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß diesem Wunsche seitens der zuständigen Behörden entsprochen wird. Der Bericht weist dann ferner darauf hin, daß in der Herstellung steriler Fischwaren erhebliche Fortschritte gemacht wurden. Der Stand der Fischkonservenherstellung ist augenblicklich so weit, daß jeder Auslandskonkurrenz standgehalten werden kann. Ebenso verhält es sich mit den Erzeugnissen in Del, zumal die Versuche weiter fortgesetzt werden sollen. Leider konnte die Ausfuhr deutscher Fisch-Erzeugnisse nicht gesteigert werden, weil sich auch hier die namentlichen Bedarfsländer mit hohen Zollmauern umgeben. Lediglich gut beschäftigt waren die Klippfischwerke, weil die Preise für Islandfische außerordentlich niedrig waren. Als Hauptabnehmer kommt Portugal in Frage. Obwohl die Preise, namentlich durch norwegische Ueberproduktion stark gedrückt waren, konnten die deutschen Klippfischwerke ihre ganzen Bestände ohne Verlust räumen.

Die deutsche Fischindustrie ist stark abhängig von den Fangergebnissen. Das Gesamtfangergebnis der Kleinfischerei ist mit 57,9 Millionen Kilogramm um 1,6 Millionen Kilogramm höher gegenüber dem Vorjahre mit 56,3 Millionen Kilogramm. Der Wert betrug gleich wie im Vorjahr 15,3 Millionen Mark. Am Fangergebnis ist die Nordsee mit 25,9 (24,9) Millionen Kilogramm und 3,4 Millionen Kilogramm bei einem Werte von 11,9 (11,7) Millionen Mark beteiligt.

Berger saniert

Ueber die alte und früher sehr sozial eingestellte Schokoladenfabrik Berger in Pöbneck ist jetzt viel Unangenehmes zu hören. Es wird erzählt, daß die Firma seit einiger Zeit einen jungen Herrn als Organisator engagiert hat, der den Betrieb neu organisieren oder — besser gesagt — rentabler gestalten soll. Ob dieser junge Mann die Fähigkeit und die nötigen Fachkenntnisse besitzt, um diese ihm gestellte Aufgabe zu erfüllen, möchte ich als ehemaliger langjähriger Arbeiter des Berger-Werkes bezweifeln. Nach meinem Ermessen ist der Betrieb technisch und organisatorisch sehr gut und rationell aufgebaut, auch liegt die Leitung in den Händen eines erfahrenen und umsichtigen älteren Angestellten. Aus dem Betriebe bzw. aus den Knochen der Arbeiter läßt sich mithin wohl nichts mehr heraus-schinden. Der Belegschaft von 250 Köpfen steht ein ziemlich großer Stab kaufmännischer Angestellten gegenüber, der im Verhältnis zum Betrieb als viel zu hoch anzusprechen ist. In der Geschäftsleitung selbst immer die nötige Sachkenntnis für die Führung des Betriebes vorhanden sein, denn sonst könnte man unmöglich einen gut funktionierenden Betrieb, wie den der Berger-Werke, einem Organisator zum nochmaligen Umbau anvertrauen. Dieser Organisator soll nun die Absicht haben, alte guteingearbeitete und in allen Fächern verwendbare Arbeiter abzubauen und durch jugendliche und weibliche, uneingearbeitete, aber billigere Arbeitskräfte zu ersetzen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen soll von der Firma bereits Stilllegungsantrag bei der thüringischen Regierung eingereicht worden sein. Ich bedaure nur meine früheren Arbeitskollegen, die in allen Lagen zum Wohle des

Lujo Brentano †

Ein treuer Freund der Gewerkschaften.

Von Regierungsdirektor Dr. Theodor Cassau.

Mit Lujo Brentano, der am 9. September gestorben ist, ist der letzte Kämpfer aus der Reihe der sozialpolitisch und sozial-fortschrittlich eingestellten bürgerlichen Nationalökologen dahingegangen. Die organisierte Arbeiterschaft hat ganz besonderen Anlaß, dieses Mannes zu gedenken, denn keiner seiner Mitarbeiter und Kampfgenossen hat so wie er vom Anfang der 70er Jahre bis in die allerletzte Zeit immer wieder seine Stimme erhoben, wenn Fragen der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung erörtert wurden und Gefahr drohte, daß die Öffentlichkeit eine einseitige, arbeiterfeindliche Stellung einnahm. Brentano wurde 1844 in Aschaffenburg geboren. Er stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie, die zwei Generationen vorher aus Oberitalien nach Deutschland gezogen war. Nachdem er 1867 mit einer Arbeit über Thürens „Isolierten Staat“, in der er bereits das Lohnproblem untersuchte, den Dokortitel erworben hatte, beehrte er ein Jahr später den bekannten Statistiker Engel auf einer Studienreise nach England. Die Frucht dieser Studienreise, also Brentanos Erstlingsarbeit: „Die Arbeitergilden der Gegenwart“, machte ihn nicht nur sofort bekannt, sondern ist noch heute nahezu 60 Jahre nach ihrem Erscheinen

das Werk, an das viele Kreise denken, wenn sie den Namen Brentano hören.

Brentano hatte mit diesem Buche das Kernproblem der damaligen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung angeschnitten. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre waren in Deutschland die ersten Gewerkschaften entstanden. Das wirtschaftliche Deutschland jener Zeit erlebte einen Aufschwung, der etwa mit der weltwirtschaftlichen Ausweitung in den Jahrzehnten vor dem Kriege zu vergleichen ist. Aus dem politisch zersplitterten Agrarland Deutschland, in dem in einigen Gegenden alte Industrie bestand (Niederrhein) und in einigen anderen Gebieten neue Industrien, wie der Maschinenbau, aufkamen, wurde jetzt das große Industrieland. Es wurden mehr Menschen in die gewerbliche Arbeit hineingezogen, und die gewerblichen Betriebe wurden größer. Neben Handwerk und industriellem Kleinbetrieb entstand die Großindustrie, bei weitem nicht zu vergleichen mit unseren heutigen Riesenbetrieben, aber doch eine Entwicklung, die schon ihre ernsthaften Probleme brachte und vor allem die Arbeiterfrage entstehen ließ. In dieser Zeit des Werdens, in der viele Kreise unruhig und besorgt fragten, wohin diese dem deutschen Spießherren und ungewohnten Erscheinungen, wie Lohnkämpfe mit Arbeitseinstellung, noch führen sollten, zog Brentano wie mancher andere nach England. Die Englandreise spielte für die deutsche Wirtschaft damals eine ähnliche Rolle wie in den letzten Jahren die

Besichtigung des „Amerikanischen Wirtschaftswunders“. Englands industrielle Entwicklung war ein halbes Jahrhundert älter, und es war wirklich das gegebene Studienland für Deutschland.

Der Verstorbene entdeckte in England die Gewerkschaften und beschrieb sie in englischer Sprache, bevor noch seine Arbeitergilden in Deutschland herauskamen. Mit deutscher Gründlichkeit vertiefte er sich sofort auch in ihr geschichtliches Werden und wurde damit, ähnlich wie die großen Rechtshistoriker vor ihm (Gneist), auch der in England anerkannte, deutsche Forscher für englische Geschichte. Doch viel wichtiger als diese mit Recht berühmte, wissenschaftliche Arbeit ist das, was Brentano über das Sachliche und Fachliche hinaus sah und lernte. Der Kampf der Gewerkschaften um ihre Anerkennung hatte in England bereits vor Jahrzehnten gespielt. Der Kampf um die Sozialpolitik war damals seit Jahrzehnten schon in vollem Gange. Die Not der 40er Jahre, der Kampf des Chartismus, hatten nicht große aber sehr rührige, bürgerliche Schichten auf die Not der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht und das soziale Gewissen geweckt. Brentano kam in enge Fühlung mit diesen Sozialreformern und sah nicht nur den Manchestermann, der jede Staatseinmischung in die Wirtschaft ablehnte, sondern auch seinen Gegner. Für ihn war nicht das England der Praxis das Muster wie für den deutschen Unternehmer, sondern das geistig kämpfende England, das sich von der Flachheit des Manchestertums freimachte.

Betriebes ihr Bestes hergegeben haben, sie werden noch mancherlei Ueberraschung erleben. Dabei ist mir noch gut erinnerlich, wie vor kaum zwei Jahren das Fortbestehen der altbekannten Firma durch die „lehr geschickte und umsichtige Geschäftsführung“ des damaligen Geschäftsführers und „Teilhhabers“ Wagner in Frage rechtzeitig verhütet werden. Die neuen Maßnahmen stellen nun den Dank der Firma gegenüber ihrer gewissenhaften und geschulten Belegschaft dar.

So berichtete ein ehemaliger Arbeiter der Bergerwerke. Von der Organisationsleitung wurde der Sache nachgegangen, und leider mußte auch sie feststellen, daß der frühere Stand der Belegschaft von 700 bis 800 Personen auf 250 zusammengeschrumpft ist. Nun greift sie zum letzten Rettungsanker der Sanierung. Wir kennen diese Methode, die auf Kosten der Belegschaft durchgeführt wird, denn von unten, bei den wirtschaftlich Schwachen, läßt sich leichter eingreifen als bei der Leitung. Zu befürchten ist, daß dadurch diese altrenommierte Firma an den Abgrund des Zusammenbruchs getrieben wird. Unsere Kollegen, die gewerkschaftlich gut organisiert ist, wird dieser kapitalistischen Doktor-Eisenbart-Kur nicht stillschweigend zusehen.

Schiedsspruch für die Brotfabriken in Rheinland-Westfalen

Der Lohnkampf in den Brotfabriken endete mit einem Schiedsspruch, wonach sich vom 18. September an die Löhne um 5 Proz. ermäßigen. Für das Fahrpersonal außerhalb Düsseldorf im Alter bis zu 18 Jahren wird der Lohnanteil von 55 auf 45 Proz. ermäßigt. Der Schiedsspruch ist erstmalig am 31. März 1932 kündbar.

Es ist anders gekommen, als es sich die Brotfabrikanten dachten. Sie glaubten, durch die Kündigung des tariflichen Lohnabkommens einen beträchtlichen Lohnabbau einzuheimsen. Durch den Schiedsspruch ist ihr Vorgehen vereitelt worden. Die Kollegenschaft wird zu diesem Ergebnis Stellung nehmen.

Boykottkampf

Allermann mit Erfolg beendet

Nazi und Stahlhelmer als Unternehmer-Soldknechte.

Wir wie berichteten, zwang uns das reaktionäre Verhalten der Bottroper Brotfabrik Allermann, den Boykott über die Firma zu verhängen. Der Kampf setzte vom 1. Tage an mit ungeheurer Schärfe ein, wozu die Firma noch ihr eigenes dadurch beitrug, indem sie Stahlhelmer und Nazi in ihren Dienst stellte, die auch bereit waren, Helfersdienste zu leisten.

Am 12. September zählten wir vor den Filialen in Bottrop 60 solcher Elemente aus diesen „Arbeiter-Parteien“. Diese Soldknechte traten außerordentlich provozierend auf und nur der ausgezeichneten Disziplin unserer Kollegen und der von uns zu Hilfe gerufenen Reichsbannerkameraden war es zu verdanken, daß Zusammenstöße verhindert wurden. Für die wertvolle Hilfe der Reichsbannerkameraden sprechen wir hier unseren offenen Dank aus. Bald sah aber die Firma ein, daß sie trotz ihrer Soldknechte unterliegen muß.

Der Kampf war schwer, denn wir mußten nicht nur Bottrop, sondern noch weitere 5 Städte mit unseren Kampfmaßnahmen erfassen, in denen die Brotfabrik ihre Produkte vertreibt. Diese schwere Arbeit gelang

Diese englische Erfahrung bestimmte für die nächsten Jahre sein Wirken und wohl darüber hinaus seine gesamte Persönlichkeit. Die aufstrebende deutsche Industrie war freihändlerisch, denn sie wollte selbst exportieren, genau so wie die deutsche Landwirtschaft freihändlerisch war, als der Export nach England bei ihr eine Rolle spielte. So nahm die deutsche Industrie mit Wonne die englische Freihandeltheorie auf. Aber die deutsche Industrie nahm mit eben solcher Wonne die Anwendung der Freihandelslehre auf die Sozialpolitik auf: freies Spiel der Kräfte, keine Sozialpolitik, kein Einmischen des Staates in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gegen diese flache Nachahmung von Englands Praxis durch Interessenten, die sich dafür fälschlich als fortschrittlich frisierten, empörte sich Brentano. Er war Freihändler, er gab für Deutschland die klassische Formulierung der Gründe für den Freihandel. Er blieb auch der Freihändler und kämpfte noch im Kriege und auch nach dem Kriege gegen den Gedanken der Autarkie der von agrarischer Seite ja immer propagiert wird. Brentano war niemals Sozialist. Er hat gegen Marx zeitweise mit großer Heftigkeit polemisiert. Er war unbedingter Anhänger privatkapitalistischer Wirtschaft, aber er hatte von dem „freien Spiel der Kräfte“ und seinen Wirkungen in England genug erlebt, um zwei Notwendigkeiten mit absoluter Klarheit und Deutlichkeit zu sehen. Erstens: von einem freien Spiel der Kräfte kann überhaupt erst die Rede sein, wenn die Arbeiter sich

uns in vollstem Umfang und durch unsere Maßnahmen erkannte die Firma unsere an sie gestellten Forderungen in vollem Umfang an. Dadurch war der Kampf beendet.

Die reaktionären Brotfabrikanten in Rheinland und Westfalen werden wohl einsehen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Gewerkschaftsbewegung und der große Geist der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hat in einem dreitägigen Kampf den Beweis erbracht, daß sie unüberwindlich sind. Hoffentlich ziehen unsere noch abseits stehenden Kollegen die notwendige Lehre daraus und schließen sich dem Verband an, denn nur dadurch werden ihre Rechte gesichert. R. W.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im August

Entsprechend der ungünstigen Entwicklung der Arbeitsmarktlage im allgemeinen ist auch in den Berufen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie im August eine weitere Verschlechterung eingetreten. So hat sich die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes von 27 142 im Juli auf 28 129 im August erhöht. Die Zahl der kurzarbeitenden Mitglieder ist in dieser Zeit von 42 686 auf 49 663 gestiegen. Für 37 580 Mitglieder kam eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bis zu 8 Stunden in Frage, für 5305 Mitglieder eine solche von 9 bis zu 16 Stunden, für weitere 5720 Mitglieder von 17 bis zu 24 Stunden, und für 1058 sogar von 25 und mehr Stunden. In den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandsgebietes stellt sich die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wie folgt:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Juli 1931	August 1931	Juli 1931	August 1931
Getränkeindustrie	7 647	8 360	23 274	30 490
Süßwarenindustrie	5 822	5 981	13 062	12 161
Bäcker und Konditoren	5 607	5 698	2 260	2 333
Fleischer	3 814	3 507	2 388	3 042
Müller	2 021	2 104	800	657
Böttcher und Weinküfer	2 231	2 479	902	980
Insgesamt	27 142	28 129	42 686	49 663

Welchen Umfang die Arbeitslosigkeit insbesondere in den großen handwerklichen Berufen, im Bäcker- und Fleischergewerbe, aufweist, geht aus den Berichten der Arbeitsnachweise bzw. den Angaben der Landesarbeitsämter hervor. Im Bäcker- und Konditorgewerbe entfielen im Juli (für August liegen die amtlichen Feststellungen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen 1640 Arbeitsgesuche. Offene Stellen waren nur 2896 gemeldet, vermittelt wurden 2822. Die Zahl der Arbeitsgesuche im Laufe des Monats betrug 47 494; am Ende des Monats waren noch 37 527 Arbeitslose eingetragen. Im Fleischergewerbe entfielen auf je 100 offene Stellen 2027 Arbeitsuchende; offene Stellen 1244, vermittelt 1226; Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 25 210; Ende des Monats waren 20 333 Arbeitsuchende eingetragen.

Um diese große Masse, die sicher nicht durch eigene Schuld arbeitslos geworden ist, worunter sich wiederum ein sehr großer Prozentsatz von Jugendlichen befindet, nicht dauernd von nützlicher und produktiver Arbeit auszuschließen und sie im Elend moralisch und körperlich verkommen zu lassen, ist es unbedingt nötig, daß schleunigst von Gesetzes wegen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt wird.

zusammenschließen und als Einheit mit dem Arbeitgeber unterhandeln, der in sich eine Koalition darstellt. Zweitens: der Staat ist berechtigt und verpflichtet einzugreifen.

Aus diesen Auffassungen gründete Brentano 1872 mit einer Reihe anderer Hochschullehrer zusammen den „Verein für Sozialpolitik“ als die Organisation der Wirtschaftswissenschaftler zum Kampf gegen das Manchesterium. Aus diesen Ideen heraus schrieb er bereits im folgenden Jahr über das Schlichtungswesen, wie wir heute sagen, über die „Einigungsämter“, wie man es damals nannte. Ein paar Jahre später begann er seine grundlegenden Arbeiten über Arbeitslohn und Arbeitszeit, mit denen er für Jahrzehnte der wichtigste wissenschaftliche Helfer der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung wurde. Aus diesem Geist heraus stand er bei dem Kampf um die Zuchthausvorlage seinen Mann, kämpfte er für die Aufhebung des Ausnahme-rechtes, das der § 153 der Gewerbeordnung gegen streikende Arbeiter geschaffen hat. So sehr Brentano Forscher und Gelehrter war, so sehr war er auch Kämpfer und blieb es bis in sein hohes Alter. Auch in den letzten Jahren war Brentano stets zur Stelle, wenn die Arbeiterschaft neue Angriffe abzuwehren hatte. So trat er auf den Plan, als die deutschen Sozialpolitiker unter dem Einfluß der Inflation ihre Stellung gegenüber Gewerkschaften und Sozialpolitik änderten, und schließlich trat er vor zwei Jahren demonstrativ aus dem Verein für Sozial-

Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im August

Von einer weihnachtsfahnenmäßigen Belegung der Beschäftigungslage war im Monat August nur in einzelnen Betrieben der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie die Rede. Immerhin sind einige Neueinstellungen erfolgt und die Zahl der Entlassungen ist gegenüber den Vormonaten zurückgeblieben. Zugewonnen hat dagegen die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit. Berichtet haben im August 203 Betriebe mit 25 198 Beschäftigten (im Vormonat 189 Betriebe, und 22 194 Beschäftigte). Nicht berichtet haben die Bezirke Breslau und Dresden. In den letzten drei Monaten gestaltete sich die Beschäftigungslage wie folgt:

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe			
		männlich	weiblich	zusammen			mit Kurzarbeit	mit Stillleg.	m. teilw. Beschäft.	
Juni	213	8034	19673	27707	263	1683	9	94	12	18
Juli	189	6467	15727	22194	37	1509	1	96	16	37
August	203	7036	18162	25198	1361	579	7	119	10	29

Nach dem Grad der Beschäftigung wiesen nur 13,8 Proz. der berichtenden Betriebe eine gute, 31 Proz. der Betriebe eine befriedigende und 55,2 Proz. der Betriebe eine schlechte Beschäftigung auf. Das Verhältnis der auf diese Gruppen entfallenden Beschäftigten zeigt ein etwas günstigeres Bild; dieses ist darauf zurückzuführen, daß es sich in der Gruppe der gutbeschäftigten Betriebe teilweise um größere Betriebe handelt. Die Uebersicht des Beschäftigungsgrades für die letzten drei Monate sieht so aus:

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Juni	52	7 332	85	10 689	76	9 686
	24,4 %	26,5 %	39,9 %	38,6 %	35,7 %	34,9 %
Juli	26	1 628	67	10 457	96	10 109
	13,8 %	7,3 %	35,4 %	47,2 %	50,8 %	45,5 %
August	28	5 912	63	7 726	112	11 560
	13,8 %	23,5 %	31,0 %	30,6 %	55,2 %	45,9 %

Neue Verordnung

über Kurzarbeiterunterstützung

In Nr. 37 der „Einigkeit“ brachten wir unter der gleichen Ueberschrift einen Artikel, der sich mit einer neuen Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung beschäftigte. Am Schlusse heißt es: „Für den Kurzarbeiter gibt es im Gegensatz zu den vollunterstützten Arbeitslosen keine Wartezeit.“ Da diese Auslegung zu Mißverständnissen Anlaß geben kann, sei in diesem Zusammenhang auf folgendes hingewiesen.

Obwohl die neue Verordnung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand wesentliche Verbesserungen für den Kurzarbeiter bringt und die alten Bestimmungen außer Kraft gesetzt sind, ist doch selbst die Wartezeit für den Betrieb beibehalten worden. Es muß also die Mehrheit des Betriebes oder eine entsprechende wichtige Abteilung kurzarbeiten und acht volle Ausfertage, von denen in der Kalenderwoche mindestens zwei liegen müssen, durchlaufen. Dann ist der Rest der Arbeiter von der Wartezeit befreit und erhält von der ersten Woche mit drei Ausfalltagen Kurzarbeiterunterstützung.

politik aus, weil er dessen jetzige Stellung zu den sozialen Fragen nicht teilen konnte.

Bei all dieser Wirksamkeit ist Brentano niemals nur Sozialpolitiker gewesen. Er wurde vielmehr in der Presse mit Recht als der letzte klassische Nationalökonom gefeiert. Er ist auch als Sozialpolitiker stets Nationalökonom geblieben. Seine sozialpolitische Wirksamkeit ging nicht aus dem guten Herzen hervor, sondern aus wissenschaftlicher Erkenntnis. Deshalb blieb er ihr auch treu, als die Stimmung der deutschen intellektuellen Mittelschichten sich von der Sozialpolitik abwandte. Er sah den Achtstundentag als ein „Produktions- und Kulturproblem an, das den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt bedingte,“ wie es der Berliner Nationalökonom Bonn zu Brentanos 80. Geburtstag formulierte. Er war Freihändler, nicht um Konsumentenpolitik zu treiben, sondern weil er nur bei Freihandel niedrige Preise und hohe Reallöhne gegeben sah. Und gerade weil er als Kämpfer nur aussprach, war er als Forscher gefunden, hat er durch mehr als sechs Jahrzehnte seinen Mann im Kampfe stehen können. Dabei war er niemals veraltet, sondern stets aktuell und stets ein Kämpfer aus der Gegenwart. Mit Brentano ging ein treuer Freund der Arbeiter von hinnen. Selten hat ein bürgerlicher Volkswirtschaftler den Wert der Gewerkschaften so erkannt und verteidigt wie er. Deshalb wird der Mann und sein Wirken in der Geschichte der Arbeiterbewegung fortleben.

Unterbricht der Kurzarbeiter durch Vollarbeit die Kurzarbeiterunterstützung auf mehr als drei Wochen, so entstehen für ihn keinerlei nachteilige Folgen. Er bekommt, unbeschadet, wie lange er voll arbeitet, in der ersten Woche mit drei Ausfalltagen seine Unterstützung wieder, sofern der ganze Betrieb die Kurzarbeiterunterstützung nicht unterbrochen hat. Wenn aber der ganze Betrieb den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung auf mehr als drei Wochen unterbricht, so muß eine neue Anzeige eingereicht werden und darüber hinaus muß die neue Wartezeit für die Mehrheit des Betriebes oder einer für den Betrieb wichtigen Abteilung durchlaufen werden.

Lumperei der Gelben

Bei dem Abwehrkampf gegen die Zulassung der Nachtarbeit in den Großbäckereien gebürdeten sich die Gelben wie der Mops, wenn er den Mond anbellt. Weil dieses meistertreue Fährlein in keinem Stadium bei den verantwortlichen Reichsstellen gehört wurde, so schimpft es um so fastiger in seinem Blättchen. Auf einige Lügen kommt es dabei ebenfalls nicht an. Den Vogel der Verleumdung glaubt das gelbe Blättchen damit gegen uns abzuschließen, indem es behauptet, die Gewerkschaftsvertreter haben sich bei der Abstimmung im Reichswirtschaftsrat in allen Fragen der Stimme enthalten. Diese gemeine Lüge sollte bei den meistertreuen Gehilfen den Eindruck erwecken, daß nur die Gelben konsequent den Abwehrkampf führten. Der gelbe Lügenpeter weiß ganz gut, daß seine Behauptung ein aufgelegter Schwindel ist.

Folgendes ist richtig: In Nr. 200 der „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ wurde die Behauptung aufgestellt, daß sich die Gewerkschaftsvertreter aus Prinzip der Stimme enthalten. Von unserer Organisation wurde sofort der Redaktion dieser Bäckermeisterzeitung telefonisch eine Richtigstellung übermittelt. Die „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ war daher gezwungen, in Nr. 203 folgende Richtigstellung zu veröffentlichen:

„Zu unserer Sonnabendnotiz wird uns mitgeteilt, daß die Vertreter der Abteilung II (Arbeitnehmer) an der Abstimmung doch teilgenommen haben.“

Diese Tatsache ist auch dem gelben Blättchen gut bekannt, weil die Redaktion ebenfalls die „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ liest. Sie beachtet in leichtfertiger Weise die Richtigstellung nicht, sonst würde ihr Konzept der Verleumdung über den Haufen gerannt worden sein.

Im gleichen Atemzuge wird weiter im gelben Blättchen behauptet, daß die Konsumgenossenschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, also die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, sowie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und auch der „Vorwärts“ stets für die dritte Schicht, d. h. für die Konsumbäckereien und Großbetriebe eingetreten sind. Das ist die zweite grobe Lüge, die von den Gelben in demselben Blättchen in die Welt gesetzt wird. Wahrheit ist, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sowie der „Vorwärts“ uns seit Jahren tatkräftig im Kampfe gegen die Wiederzulassung der Nachtarbeit unterstützt haben. Auch diese Tatsache ist der gelben Redaktion bekannt, dennoch schwindelt sie ihren Lesern das Gegenteil vor.

Es überkommt einen der Ekel, wenn wir uns mit dieser Gesellschaft beschäftigen müssen und wir lassen es damit bewenden, daß wir den gelben Lügenpeter in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt haben.

Konditorei-Fachausstellung, Köln

In Verbindung mit dem Westdeutschen Verbandstag veranstalteten die Konditorinnungen eine Subilarfachausstellung in der Zeit zwischen dem 12. und 16. September. Die Ausstellung zeigte in mehreren Gruppen in recht schöner Aufmachung die Arbeiten der Kölner Berufsschule, mit Zeichnungen und einfacheren Stücken der Unterstufe, mit den vervollkommeneren der Mittelstufe und die guten anerkanntesten Leistungen der Oberstufe. Einige Arbeiten der Berufsschule aus Wülheim-Ruhr und Solingen waren ebenfalls vorhanden. Die Schaustellungen boten Figuren und Bilder aus Marzipan, Zucker und Schokolade und wiesen eine recht große Kunstfertigkeit auf. Eine Anzahl selbständiger Meister brachte besondere Spezialarbeiten, in der Hauptsache gut gelungene Schaustücke zur Ausstellung. Recht schön dargestellte Bilder und Figuren wie „Frühling am Arierer Dom“, der Römerbrunnen, gelungene Plakette aus Zuckerhüten, Aquarien usw. ergötzen das Auge. Eine Backstube, in der die diversen Kuchen und Tortenarten hergestellt wurden, sowie eine Kaffeeschenke waren in dem Raum noch untergebracht. Ebenfalls wurde eine Schau von Bedarfsartikeln für das Konditorgewerbe im ersten Stock aufgestellt.

Alles in allem darf von den Lehrlingen und Gehilfen, die ausgestellt haben, gesagt werden, daß das Dargebotene zeigte, welches Können und welchen Kunstsinns sich der Konditorgehilfe aneignen muß bzw. kann.

Leider geht es zur Zeit der jungen Kunst schlecht, da

die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sich allerorts bemerkbar machen.

Durch Umsatzrückgang versuchen die Konditormeister in erster Linie die Löhne der Gehilfenschaft zu schmälern. Zur Zeit stehen Verhandlungen mit den Konditorinnungen Köln und Bonn über die Gestaltung der Löhne und Arbeitsverhältnisse bevor.

Ein Uebergreif

Vor der großen Strafkammer des Landgerichts Weßensfels hatte sich ein Fleischermeister wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz zu verantworten. Er wurde wegen Verarbeitung angeblich verworkener Lebern zu ein Jahr Zuchthaus verurteilt. Als Verteidiger fungierte der Syndikus der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“, Rechtsanwalt Dr. Grüneberg-Berlin. In seinem Plädoyer stellte er sich auf den Standpunkt, daß der Fleischermeister ein Opfer einer Denunziation geworden und von dessen Unschuld überzeugt sei. Er führte aus:

Habt Ihr's gesehn?

Habt Ihr's gesehn! Am ersten Mal die Massen mit roten Bannern durch die Straßen ziehn? Habt Ihr's gesehn! In allen deutschen Gassen viel müde Augenpaare wieder lodernd glühn?

Habt Ihr's gesehn! Wie sich zu Millionen an diesem Tage krampfte Hand in Hand? Habt Ihr's gesehn! In allen deutschen Zonen der Tag im Zeichen August Bebel's stand!

Habt Ihr's gesehn! Die Klänge der Fanfaren jubelnd verkündend eine neue Zeit?

Habt Ihr's gesehn! Die große Macht der Scharen und ihre Waffen, Mut und Einigkeit?

Habt Ihr's gesehn! Ihr, die ihr ängstlich zittert, wenn's heißt heraus zum Kampf für unser Recht. Habt Ihr's gesehn! Ihr, die ihr seid erbittert und statt zu kämpfen lieber bleibt Knecht!

Ja ihr — die ihr die Straßen habt umsäumt, — euer Banner flatterte im Wind.

Nur Mut und frisch das Kampfroß aufgepäumt, vereinigt nur wir stark und kräftig sind.
Hermann Schraven, Essen.

... daß nämlich Arbeitnehmer, die bei einem Fleischermeister beschäftigt sind und mit ihm vielleicht Lohndifferenzen haben, Erpressungen versuchen und zu ihm sagen: Wenn du mir nicht zahlst, dann werde ich Unregelmäßigkeiten aufdecken, deren du dich schuldig gemacht hast. Und glauben Sie mir: es ist unerhört, in welcher furchtbaren Lage der Arbeiter durch die Maßnahmen der Polizei kommt, wenn die Polizei annimmt, der frühere Arbeitnehmer „muß es ja wissen“. Es sind wiederholt Fälle bekanntgeworden, daß Arbeitnehmer, die Differenzen gehabt haben, selbst irgendwelche verbotenen Zusatzmittel angeschafft und verarbeitet haben, um ihren Meister dann hereinlegen zu können.“

So Syndikus Dr. Grüneberg. Diese Infamierung der Fleischergehilfen ist unerhört! Er verdächtigt entlassene Fleischergehilfen, daß sie nachträglich noch Erpressungen vornehmen, wenn ihnen ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Der Gefelle wird vielmehr, falls er noch Forderungen an den Unternehmer zu stellen hat, sie mit gutem Recht an der richtigen Stelle vertreten. Das Märchen, daß Fleischergehilfen sogar verbotene Zusatzmittel verwenden, um ihren Meister einzusammeln, ist zu schön, um wahr zu sein. Wir bezweifeln, ob der Syndikus hierfür den Wahrheitsbeweis anzutreten vermag. Zu dieser infamen Verdächtigung besteht ein Gegenstück. Als die angeblichen Schweineereien in der Konsumfleischerei Forst aufgedeckt wurden und mit einer glänzenden Rehabilitation eines unserer Kollegen endete, war es gerade die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“, die sich eines Denunzianten übelster Sorte bediente. Da sollte einem aufrechten Fleischergehilfen die Existenz vernichtet werden, nur weil es gegen den verhassten Konsumverein ging. Dort hat man sich wirklich eines ganz üblen Subjektes bedient, bis heute aber noch nicht die Sprache wiedergefunden, um unsere Kollegen zu rechtfertigen. Also, Herr Syndikus, bitte seien sie künftig vorsichtiger!

Bekanntmachungen des Vorstandes

Warnung vor Schwindler. Robert Windhausen, Brauer, versucht bei den Ortsgruppen Gelder zu erschwindeln. Er behauptet, daß sein Verbandsbuch ihm von Hamburg nachgeschickt werde. Auf eingezogene Erkundigung wurde festgestellt, daß W. dem Verbande nicht angehört.

Taschenkalender. Bestellungen auf die Taschenkalender sind von den Ortsgruppen sofort beim Vorstand anzugeben. Der Preis beträgt für den Mitgliederkalender 50 Pf. und für den Jahreskalender 60 Pf. Lehrlings- und Wandkalender werden gratis verabfolgt.

Ausschlag. Auf Antrag der Ortsgruppe Bremen wird Egbert Willms, Konditor, geboren 1. Juni 1872, emgetreten am 20. September 1924 wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Unzulässig erklärt werden folgende Mitgliedsbücher, die in Leipzig gestohlen wurden: Hans Bertlich, Nr. 55 297, geb. 20. 5. 1899, eingetr. 22. 6. 1919; Valentin Sennert, Nr. 64 232, geb. 27. 11. 1883, eingetr. 19. 11. 1907; Max Wling, Nr. 87 856, geb. 22. 12. 1879, eingetr. 15. 12. 1918; Albin Hoffmann, Nr. 244 198, geb. 25. 6. 1882, eingetr. 3. 5. 1914; Emil Fraustschy, Nr. 253 323, geb. 20. 2. 1881, eingetr. 20. 10. 1903; Hermann Bergmann, Nr. 253 343, geb. 2. 10. 1881, eingetr. 9. 1. 1906; Oskar Bormann, Nr. 263 420, geb. 9. 10. 1901, eingetr. 1. 5. 1920; Karl Uhlig, Nr. 301 120, geb. 5. 12. 1883, eingetr. 13. 3. 1905; Hermann Rabitsch, Nr. 301 121, geb. 15. 5. 1875, eingetr. 29. 1. 1915; Erwin Schmidt, Nr. 301 126, geb. 30. 3. 1883, eingetr. 29. 5. 1910; Robert Heyne, Nr. 301 131, geb. 4. 12. 1887, eingetr. 24. 2. 1913; Reinhold Gille, Nr. 301 134, geb. 16. 10. 1884, eingetr. 20. 2. 1912; Albin Wübig, Nr. 301 147, geb. 10. 8. 1879, eingetr. 6. 9. 1907; Ferdinand Kurz, Nr. 301 159, geb. 24. 1. 1880, eingetr. 24. 5. 1911; Wilhelm Schilling, Nr. 301 280, geb. 24. 11. 1877, eingetr. 11. 11. 1905; Arthur Zander, Nr. 301 600, geb. 27. 5. 1898, eingetr. 8. 6. 1925; Oskar Engelmann, Nr. 301 602, geb. 9. 3. 1896, eingetr. 27. 4. 1925; Alfred Weigel, Nr. 314 732, geb. 2. 6. 1894, eingetr. 25. 3. 1923; Ernst Wendler, Nr. 312 043, geb. 17. 10. 1895, eingetr. 30. 3. 1913; Paul Lehmann, Nr. 310 808, geb. 17. 11. 1888, eingetr. 9. 11. 1914; Hans Jude, Nr. 314 750, geb. 22. 10. 1902, eingetr. 7. 3. 1927. Beim Vorzeigen einziehen und an den Vorstand einreichen.

Neue Ortsgruppe. Gerabronn: Vorsitzender Johann Adermann, Gerabronn; Kassierer Friedrich Hartmann, Müller, Gerabronn, Bahnhofstraße 52.

Eingänge bei der Hauptkasse

Bom 11. September 1931 bis 17. September 1931.
Postkontos der Hauptkasse: Berlin 120 78 Rahmungsmitel- und Getreidearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 42.)
Ortsgruppen:
Biberach a. Rh. 300.—, Olgau 275.—, Orlow 250.—, Königsberg (Neumarkt) 140.—, Neustadt (Oberchl.) 100.—, Pilsen 100.—, Schwerin 500.—, Dresden 191.71, Lübeck 13.—, Eiler 14.44, Strehberg 300.—, Ludwigslust 200.—, Queblinburg 100.—, Seibronn 19.78, Regensburg 20.34, Namslau 600.—, Pfullingen 450.—, Gleiwitz 28.78, Halberstadt 38.38, Rassel 48.70, Frankfurt a. Main 1600.—, Berlin 12.—, Que 100.—, Neumünster 500.—, Schwabach 350.—, Bieren 700.—, Braunschweig 33.08, Frankfurt a. Main 115.90, Erford 16.72, Zwickau 20.33, Darmstadt 500.—, Babeln 200.—, Gießen 300.—, Karlsruhe 200.—, Gießen 250.—, Schönebeck 600.—, Alim 100.—, Bremerhaven 500.—, Seimelb 500.—, Salzwedel 30.—, Weimar 160.—, Altitz 300.—, Randsbut 200.—.
Conflacs.
Elschütz 10.—, Emmendingen 5.90, Pegnitz 4.—, Berlin 20.— und 5471.70, Leipzig 238.—, Berlin 180.— und 401.74 und 263.89.

Korrespondenzen

Breslau. (Lohnabbauforderung der Brotfabrikanten.) Die Brotfabrikanten handeln nach dem Sprichwort: „Bescheidenheit ist eine Zier“, das aber nur für Betriebsbesitzungen gelten soll, aber für sich in Anwendung bringen „doch weiter kommt man ohne ihr“. Sie kündigten die Löhne, weil das heute von den Wirtschaftsführern angeordnet und üblich ist, und wollen die Löhne von 46,80 Mk. auf 33,50 Mk. oder um 28,4 Proz. kürzen. Denken die Brotfabrikanten vielleicht, daß ihr unverständliches Vorgehen bei den übrigen Unternehmern Nachahmung finden soll, um die Wirtschaft wieder besser und Her in Gang zu bringen, oder glauben sie, je weniger Lohn bezahlt wird, um so mehr kann verkauft werden. Noch haben die Brotfabrikanten ihr Ziel nicht erreicht. Die Kollegenschaft wird auch dafür sorgen, daß diesen Unternehmern die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Mannheim. (Ein verdienter Hereinfall.) Die RGD hat nach ihrem schändlichen Verrat beim preußischen Volksentscheid das Bedürfnis, zum Zwecke der Ablenkung wieder Studienkommissionen nach Sowjetrußland zu schicken. Sie sucht zu diesem Zwecke in den Genossenschaftsbetrieben nach langjährigen Gewerkschafts- und SPD-Mitgliedern. Die aus zwei RGD-Mitgliedern bestehende Opposition der Mannheimer Genossenschaftsarbeiter hatte zu diesem Zweck zu einer allgemeinen Genossenschaftsarbeiterversammlung eingeladen, wo ein 28 Jahre seiner Gewerkschaft und 25 Jahre der SPD. als Mitglied angehörender Genossenschaftsarbeiter referieren sollte. Von 700 in Mannheim beschäftigten Genossenschaftsarbeitern und angestellten waren ganze 23 erschienen, darunter als Versammlungsleiter ein wegen Verbandschädigung Ausgeschlossener. Alle anderen Besucher bekannten sich als Gegner der RGD. und waren nur aus Neugierde erschienen. Sie erleben jedoch eine große Enttäuschung, weil die angekündigte Referentenkanone nicht erschien.

In der Diskussion wurde in nicht mißzuverstehender Weise der Arbeiterverrat der RGD. gebrandmarkt und verlangt, endlich den langjährigen SPD. und Gewerkschaftskollegen kennenzulernen, der als Referent ausersehen war. Endlich meldete sich ein im Gesamtverband organisierter Genossenschaftsarbeiter (!), der sich entschuldigte und bemerkte, daß er sich freiwillig mit noch einem weiteren Kollegen, der aber zur Versammlung nicht erschien, als Delegierter gemeldet habe. Gleichzeitig machte er das Angebot, an seiner Stelle eventuell einen anderen zum Delegierten zu wählen, was jedoch von der Versammlung einstimmig abgelehnt wurde. In nicht mißzuverstehender Weise wurde diesem Kollegen des weiteren noch bedeutet, daß die Genossenschaftsarbeiter an der Vorführung Potemtscher Dörfer durchaus desinteressiert seien und daß sie in ihrem persönlichen Verhalten ein gewerkschaftschädliches Treiben erblickten. Nach dieser deutlichen Abgabe haben die Versammelten kurzerhand und über den Kopf der Versammlungsleitung hinweg dem verbrecherischen Treiben der RGD. ein natürliches Ende gesetzt.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsanarchismus. Infolge Sperrung der Lachs-einfuhr von Norwegen nach Schweden sehen sich die norwegischen Lachsexporteur gezwungen, ihre Lachsbestände zu verbrennen. Die Preise liegen unter denen vor 20 Jahren.

Vier Milliarden Kapitalverluste der Großbanken. Innerhalb eines Jahres haben die sechs Berliner Großbanken einen Kreditorenrückgang von vier Milliarden Mark zu verzeichnen. Vom 31. Juli 1930 bis zum 31. Juli 1931 sank der Einlagenbestand von 12,1 auf 8,1 Milliarden. Mithin ist der Debitorenbestand nach dem Abschluß der ersten Auswirkungen der Kreditkrise ein Drittel geringer als vor einem Jahr. Mehr als die Hälfte vom Gesamtrückgang, nämlich 2,2 Milliarden, entfallen davon allein auf den Juni und Juli d. J. In diesen Ziffern spiegelt sich noch nicht der volle Verlust der Bankeinlagen wieder.

Heringseinfuhr und Trawlheringsproduktion. Im Jahre 1930 wurden 1156 000 Doppelzentner gefalzene und 1 521 000 Doppelzentner frische Heringe nach Deutschland eingeführt. Die deutsche Trawlheringsproduktion zeitigte ein Ergebnis von 562 000 Doppelzentner. Gegenüber 1913 bleibt die Einfuhr gefalzener Heringe stark zurück, während die Frischheringseinfuhr stark zugenommen hat. Die Trawlheringsfischerei, die es vor dem Krieg in Deutschland praktisch nicht gab, erzeugt heute bereits mehr als ein Drittel der gesamten Frischheringseinfuhr.

Genossensch. Rundschau

Andreas Mirus †. Am 19. September verschied nach kurzem Krankenlager und infolge einer Operation Genosse Mirus im 58. Lebensjahr. In dem Verstorbenen verlieren die Konsumgenossenschaften einen ihrer aktivsten Mitarbeiter.

Mirus war bis 1912 Gauleiter und zuletzt Sekretär im Zentralvorstand des Schneiderverbandes, dann trat er als Sekretär in die Konsumgenossenschaft Berlin ein. Bald wurde ihm die Leitung übertragen, unter der die Genossenschaft zu ihrer Größe emporwuchs.

Lange Jahre war der Verstorbene Vorsitzender des Aufsichtsrats der GCG. Im vorigen Jahr berief ihn die Generalversammlung zum Geschäftsführer der GCG an Stelle des in den Ruhestand getretenen Genossen Heinrich Lorenz. Ihm war es nicht vergönnt, dort seine Fähigkeiten im Dienst der proletarischen Genossenschaftsbewegung zur vollen Geltung zu bringen. Rasch trat der Tod an ihn heran. Sondern sein geschaffenes Werk wird zeugen von der unermüdblichen Schaffenskraft des Verstorbenen, und ihm ein ehrendes Andenken in weiten Kreisen sichern.

Das Ende. Dem von den Kommunisten zugrunde gerichteten Allgemeinen Konsumverein in Halle werden jetzt die gepfändeten Einrichtungen versteigert. Die Liste enthält nicht weniger als 47 Nummern, Tabak und Zigarren, Büromaschinen und Möbel, elektrische Rechenmaschinen, Schreibmaschinen, ein Dieselmotor, eine Kaffeeröstmaschine, ein Bierabfüllapparat, eine Butterknetmaschine, 2300 Leiterwagen und andere Dinge mehr, insgesamt im Werte von 24 980 Mk., kommen unter den Hammer. Alle Bemühungen, selbst die erprekten Zugeständnisse von den Linientreuen, daß sie bereit sind, ehrenamtlich zu arbeiten, konnten den Verein vor dem Ruin nicht mehr retten. Von unseren Kollegen in der Bäckerei haben der „freiwilligen“ Abmachung nur fünf zugestimmt. Die übrigen fordern ihre Löhne, die noch nicht ausbezahlt sind. Ob sie jemals etwas erhalten, ist noch recht fraglich, dafür bekommen sie aber unentgeltlich in der Gemeinschaftsküche Essen, aber nur für sich, ihre Familienangehörigen müssen bezahlen. Das ist das Ende der kommunistischen Herrlichkeit, durch die viele Arbeiterfamilien betrogen wurden.

Gegnerische Organisationen

Was Brednow redet — aber nicht stimmt. Der Deutsche Fleischergesellen-Bund veranstaltete im August für seinen „Zweigbund Süddeutschland“ in Frankfurt a. M. einen sogenannten Bundestag. Die Teilnahme einer Anzahl Ober- und Innungsmeister und Ehrenmitglieder gab auch dieser Tagung wieder das Gepräge. Diese Herren sind so stark für den Bund engagiert, daß sie nicht nur Ansprachen halten, sondern auch Referate, die sich auf „Ziel und Aufgaben einer handwerklichen Organisation“ erstrecken, steigen lassen. Der Tenor ihrer Ausführungen ist die immer wieder betonte „Meistertreue“. Würden die Fleischmeister beim Bund nicht immer mittun, wäre es um ihn schlecht bestellt. Diese Hilfe beruht schließlich auf Gegenseitigkeit, die sich besonders dann auswirkt, wenn wir mit Tarifforderungen aufwarten.

Für uns wäre dieser in Frankfurt aufgezoogene Klümmel bedeutungslos, wenn nicht der Bundesvorsitzende Brednow ausgeführt hätte, „daß der Deutsche Fleischergesellen-Bund jetzt für seine Mitglieder in ganz Deutschland Stellen vermitteln kann, laut einer vor einigen Tagen erfolgten Genehmigung des Reichsarbeitsministers“. (Siehe „Fl.-Verb.-Ztg.“ und „Allgemeine Fleisch-Zeitung“.)

Auf unsere Anfrage beim Reichsarbeitsminister erhielten wir unter dem Aktenzeichen IVa Nr. 11 542/31 vom 7. September folgenden Bescheid:

„Es trifft nicht zu, daß ich dem Deutschen Fleischergesellen-Bund Berlin die Genehmigung erteilt habe, für seine Mitglieder in ganz Deutschland Stellen zu vermitteln. Ich habe Ihr Schreiben dem Herrn Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zwecks weiterer Veranlassung zur Kenntnis gebracht.“
gez. Unterschrift.

Antel Brednow hat demnach etwas gesagt, was nicht der Wahrheit entspricht. Es mag sein frommer Wunsch sein, zur Mithilfe der Innungen auch noch die Arbeitsvermittlung für seine Schächsen zu erhalten. Müßte er deshalb die Wahrheit kasstrieren?

Unternehmertum

Handwerker-Internationale gegründet. Der in Paris vom 5.—12. Juli tagende Internationale Handwerkerkongreß beschloß, ein Internationales Handwerker-Institut zu gründen. Als Präsident wurde der Vorsitzende der französischen Handwerkervereinigung Lailledet gewählt. Für den Sitz des Institutes wurde Paris bestimmt, während sich die Verwaltungsstelle in Rom befindet.

Allgemeine Rundschau

Preußen ändert Landeswahlgesetz. Durch eine besondere preußische Notverordnung wird das Landeswahlgesetz geändert, wonach künftig anstatt auf 40 000, erst auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Ebenso soll die Zahl der Staatsratsmitglieder vermindert werden, hierzu gehört aber die Zustimmung des Landtages, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt.

Heimwehrputsch in Oesterreich. In der Nacht von 12. zum 13. September versuchten die österreichischen Heimwehren in Steiermark einen Putsch. Sie besetzten, mit Maschinengewehren und Karabinern bewaffnet, mehrere Bezirkshauptmannschaften und erließen eine „Proklamation“, in der sie die Staatsgewalt übernahmen. Innerhalb 12 Stunden wurde der Operettenputsch niedergeschlagen, nachdem Militär und Polizei erschienen. Die österreichische Arbeiterschaft nahm sofort Stellung zu diesem Putsch und unterbreitete der Regierung entsprechende Forderungen. Einzelne Führer wurden verhaftet, jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt, während der Obermanager der besseren Vorsicht halber ins Ausland flüchtete.

Gegen die Zerstörung der Schule. Von dem Bunde der freien Schulgesellschaften wird gegen die preußische Notmaßnahme Stellung genommen. Es wird gefordert: Erhaltung und Aufbau der dringend notwendigen Maßnahmen, wie Schulspeisung, Vermittelfreiheit und ausreichende Gesundheitsfürsorge, Schutz dem Lehrernachwuchs für alle Schulgattungen, Herabsetzung der Altersgrenze für alle Beamte bis zu 58 Jahren und Weiterbeschäftigung der noch nicht festangestellten Lehrkräfte, Schutz der weltlichen Schule, keine Bevorzugung der konfessionellen Schule, Sicherung des Bedarfs an geeigneten Lehrkräften für die weltliche Schule und Anstellung von diffidentischen Lehrern, Schutz der Berufsschule durch Erhaltung der für die zweckmäßige Ausbildung notwendigen Anzahl von Stunden, keine Herabsetzung des Umfangs der bisherigen Berufsschulpflicht, Schutz der Aufbauschulen, Erlass der Mittelschule durch den Ausbau der Volksschulen, Gewährung ausreichender Erziehungsbeihilfen zur Sicherung des Aufstiegs begabter Kinder.

Zahl der Fässer in Deutschland. Durch vorgenommene Eichungen neuer Fässer und Nacheichung alter Fässer schätzt man die Zahl der in Deutschland überhaupt vorhandenen Fässer auf 652 000 Wein- und rund 3,2 Millionen Bierfässer.

Internationales

5. Verbandstag der Lebens- und Genussmittelarbeiter Oesterreichs. Am 12. September und folgende Tage fand in Wien der 5. Verbandstag, bei einer Teilnahme von 61 Delegierten, dem Verbandsvorstand und Obmann des Verbandsausschusses, statt. Gäste waren vertreten vom Gewerkschaftsbund, der Sozialdemokratischen Partei, dem Internationalen Sekretariat und den Organisationen aus Deutschland, der Schweiz, Holland und Tschechoslowakei (Bodenbach und Prag).

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurde der Geschäfts- und Redaktionsbericht ohne Diskussion zustimmend entgegengenommen. Als vom Arbeiterkammerpräsidenten dem Verbandstag von dem verbrecherischen Anschlag der Heimwehrputschisten auf die Demokratie Mitteilung gemacht wurde, brauste ein Entrüstungsturm durch den Saal.

„Die Aufgaben des Zentralverbandes in der nächsten Zukunft“ behandelte in einem gut ausgearbeiteten Referat Kollege Heisig. Ueber „Gewerkschaftliche Frauenarbeit“ sprach Kollegin Haas. Nach einer sehr lebhaften Debatte, bei der wohlthuend die große Sachlichkeit durch gewerkschaftliche Schulung im Vordergrund stand, wurden eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt.

Bei der Aussprache über die Agitation wurde besonders darauf verwiesen, daß leider in der Nachkriegszeit durch den Währungsverfall die Gewerkschaften zu Lohnautomaten wurden, wodurch viele andere wichtige Aufgaben nicht in Angriff genommen und erfüllt werden konnten. Was damals versäumt wurde, müsse jetzt nachgeholt und der Schulung der Mitglieder müsse größere Beachtung geschenkt

werden. Besonders müsse der Jugendbewegung und den Lehrlingsfragen mehr Beachtung geschenkt werden. Wenn auch die Jugendbewegung als vorbildlich anerkannt werden muß, so sei dennoch viele Arbeit notwendig. Der Verbandstag fordert daher alle Funktionäre und Vertrauenspersonen auf, unermüdblich für die Gewerkschaft zu agitieren, um so die Vorbedingungen für eine bessere Zukunft zu schaffen.

Eingehend wurde das Bäckerschutzgesetz und die in neuester Zeit erfolgten Angriffe auf diese Kulturerrungenschaft behandelt. Der Verbandstag versicherte den Bäckereiarbeitern die größtmögliche Unterstützung und Förderung ihres Abwehrkampfes, der ihnen durch den Schandentwurf der Regierung aufgezwungen wurde.

Ueber die Aufgaben der „Internationalen Gewerkschaftsbewegung“ sprach Kollege Schifferstein, dessen Referat mit großem Beifall aufgenommen wurde. In großen Zügen zeichnete er die kapitalistischen, wirtschaftlichen Zusammenhänge durch internationale Verflechtungen und bewies die dringende Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften aller Länder.

Rasche Erledigung fanden die Beratungen zu den vorliegenden Anträgen. Hierbei wurde mit großem Nachdruck betont, daß ein Unterstützungsausbau nur durch eine Beitragserhöhung tragbar sei, denn der Kampfcharakter und die Kampfsmöglichkeiten dürfen durch die Unterstützungseinrichtung nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Bei den Vorstandswahlen trat eine Aenderung ein. Es schied aus Kollege Wimmer, Bäcker, der seit elf Jahren die Funktion des Obmannstellvertreters gewissenhaft versehen hat. Ihm sowie auch dem Obmann des Ueberwachungsausschusses wurde einmütig der Dank des Verbandstages ausgesprochen. Kollege Huppert wurde wieder einstimmig zum Obmann (Vorsitzenden) gewählt. Mit Recht konnte Kollege Schifferstein am Schluß der Tagung auf die erste und gute Arbeit hinweisen. Die wirtschaftliche Not, verursacht durch die kapitalistische Wirtschaftsführung, mache es der Arbeiterschaft von Tag zu Tag begreiflicher, daß sie in den Gewerkschaften ein starkes Kraftzentrum schaffen müssen. Nach einer Rekapitulation der geleisteten Arbeit durch Kollege Huppert wurde der Verbandstag unter dem Absingen des Liedes der Arbeit geschlossen.

Anzeigen

Nachruf:
Im 3. Quartal 1931 starben unsere Kollegen:
Ewald Schäfer, Fleischer, 62 Jahre alt
Otto Heil, Bierfahrer, 61 Jahre alt
Berhard Schatteboß, Bierfahrer, 54 Jahre alt
Franz Röh, Bäcker, Anwalde, 65 Jahre alt 19,80
Die Ortsgruppe wird den Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsgruppe Wuppertal

Nachruf!
Es starb unser langjähriges Mitglied, der Innoide
August Müffel,
Rüfer. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm 12,10
Die Ortsgruppe Andernach.
Nachruf!
Nach längerer Krankheit starb unser Kollege
Arnold Kolbenbach
im Alter von 57 Jahren.
Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. 12,70

Unsern Kollegen **Karl Kramer** zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 2,10
Die Kollegen der Niederlage W.B. Wefel-Dringhofen und die Bezirksleitung.
Unsern Kollegen **Andreas Pauerschwald** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. 1,80
Die org. Kollegen der Klosterbrauerei Habenerleben
Unsern Koll. **Kaspar Bittner** zu seinem Arbeitsjubiläum die besten Glückwünsche. 1,80
Die Kollegen vom Branhaus Rothenburg ob der Lander.

Die Kollegen der Aposteln-Brauerei, Köln.
Unsern lieben Kollegen **Bruno Rühfisch** nebst seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 1,80
Die Belegschaft des Bergstr.-Werts., Düsseldorf.
Unsern Kollegen **August Wittmann** nebst seiner Frau Rosa zu ihrer am 27. September 1931 stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. 1,80
Ortsgruppe Coburg.
Unsern Kollegen **Peter Reber** nebst seiner Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 1,20
Ortsgruppe Erier.

Unsern werten Kollegen **Walter Schimpf** nebst seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. 2,10
Die Kollegen d. Wäffler-Küpper-Brauerei, Wuppertal, Abt. Vondahl.
Unsern werten Koll. dem Schaffler **Gerhard Fierz** und seiner lieben Frau zu ihrer fünfzigsten Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 2,10
Die Kollegen von Wasserburg a. Jun

Central-Kranken- und Sterbekasse der Böttcher Nahrungsmittel-, Getränke- u. anderer Arbeiter
Werte Kollegen!
Die im Mai in Mannheim tagende Generalversammlung unserer Kasse kam in Anbetracht der Tatsache, daß der größte Teil unserer Mitglieder auch dem Verband angehört, zu dem Entschluß, auch nunmehr den Namen dementsprechend zu ändern. Waren bisher die Böttcher vorwiegend die Träger der Kasse, so ist es jetzt unser Wunsch, diese in erster Linie unseren Verbandskollegen zugänglich zu machen. Unser Publikationsorgan ist die Einigkeit. Wir empfehlen allen unseren Kollegen den Beitritt hierzu, denn es ist für jeden eine weitere Sicherheit gegen die Folgen wirtschaftlicher Not im Krankheitsfalle. Der Beitrag ist gering.
Dafür zahlt die Kasse bis zu 26 Wochen Krankengeld. Aufnahme bis zum 45. Lebensjahr. Beitrag: I. Klasse Mk. 0,40, II. Klasse Mk. 0,60 pro Woche. Unterstützung: I. Klasse Mk. 6,50, II. Klasse Mk. 9,00 p. Woche. Dazu ein Sterbegeld.
In zirka 70 Orten Deutschlands bestehen Zahlstellen, wo noch keine am Ort, wird vom Unterzeichneten jede Auskunft sofort erteilt, ebenso Gründungs- u. Agitationsmaterial zugestellt. An unsere Koll. richten wir die Bitte, überall für die Gründung einer Zahlstelle und Werbung von Mitgliedern einzutreten. Überall muß auch eine Zahlstelle obiger Kasse vorhanden sein.
Albert Kindt, Bremen, Wiechmannstr. 4 (Hauptkasse)



FRAUENRECHT



Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Knauer Nachf., Verlag

(38. Fortsetzung)

Dann holte sie tief Atem und schüttelte sich. Sie wurde wieder lebendig und energisch, vollkommen wach mit durchdringenden Augen. Sie begann mit erstaunlicher Schnelligkeit zu sprechen und kreuzte die Arme über der Brust.

Mit einer lauten, fröhlichen Stimme sagte sie: „Aber sicher, Gypo, du kannst hier schlafen bis zum jüngsten Gericht, wenn du Lust hast. Connemara Maggie hat mir's ja erzählt, wie Bartly Muiholland gekommen ist, dich zu holen. Sie kam zu Biddy Burke rein, betrunken wie'n Lord, und kam dann raus mit der Geschichte, wie Bartly dir 'nen Revolver vor den Kopf gehalten hat und dich dann vor sich her auf die Straße trieb.“

Gypo richtete sich etwas auf: „Du lügst!“ grollte er. „Kann sein, daß sie das nicht genau so gesagt hat, aber —“

„Hat sie dir das Pfund gegeben, das sie dir von mir geben sollte?“

„Ein Pfund? Hast du ihr ein Pfund für mich gegeben? Na, so ein Lügenpaul! So eine Räuberbande! Oh, diese dreifige Brut von posternarbigem Fälschneidern! Die nimmt den gekochten Kuchen! Wenn du die Wahrheit wissen willst: zehn Schilling hat sie mir gegeben, und um die mußte ich noch kämpfen. Ich will ja nichts sagen über Dinge, über die ich 'ne ganze Masse sagen könnte, aber —“

„Oh, laß nach mit dem Geschwätz!“ — Gypo grollte und tastete mit der Hand hinter sich nach dem Boden, „ich bin nicht in der Laune für dein Gelabber, Katie.“

„Gereizt schrie sie ihn an: „Lieg nicht auf dem Boden. Mach', daß du ins Bett kommst. Leg' dich in meine Ecke hin. Kümme dich nicht um Louisa. Die Ecke gehört mir. Ich kann da reinlassen, wen ich will. Louisa, wenn du nicht still liegst, mach' ich dich kalt, so sicher wie unser Herr gekreuzigt worden ist. Ich tu's. Kannst du was anderes erwarten? Ich will jetzt nichts sagen, Gypo, ich sehe die Lage, in der du steckst, aber trotzdem hast du's zu büßen. Ich hoffe, du machst dir nichts draus, daß ich geradeheraus rede. Jetzt hast du's zu büßen, daß du die Leute verläßt, die freundlich zu dir sind und dein Geld wegwirft an ein Stück wie das. Aber, wie meine arme Mutter, Gott sei ihrer Seele gnädig, immer sagte —“

„Heraus mit dir, raus mit dir!“ kreischte die alte Frau und suchte mit dem Stock.

Gypo hatte sich rücklings auf das Bett geworfen. Die alte Frau begann schwächlich mit ihrem Stock nach ihm zu schlagen. Er beachtete sie nicht. Er beschäftigte sich mit dem Haujen der verknüllten Decken und wickelte sie sich um die Beine.

Katie Fog hob die Feuerzange vom Boden auf und näherte sich von der Seite dem Bett, indem sie der alten Frau vergeblich heimliche Zeichen machte, sich ruhig zu verhalten.

Die Alte gab nach und murmelte etwas. Katie ging wieder zum Feuer und legte die Zange hin. Sie fuhr mit Reden fort. Reißend schnell wurde sie immer erregter. Ihre Augen hatten jetzt einen Ausdruck von Wut. Ihre Lippen verzogen sich andauernd zum Lächeln wie bei einem Mondfuchtigen, der in seinem wirren Hirn an irgendeine gelpenmäßige Narrheit denkt.

Mit kreher Stimme rief sie, während sie sich eine Zigarette anzündete und nach der Tür hinsah: „s wissen's zwar nur ein paar Leute, aber meine arme Mutter war als richtige Dame geboren. Sings' dir das in die Weise. Louisa Cummins und versuch's zu rauchen. Wie 'nen Hund hast du mich behandelt, seit ich hierher gekommen bin in deinen verrottenen Taubenschlag von Bude, und trotz alledem weißt du, daß du nicht wert bist, mir die Schuhe anzuzwischen. So gebe ich dem feinen verdammten —“

Louisa Cummins krächzte:

„Herje, hörst du, was sie sagt, hörst du, was sie sagt?“ Sie fing an zu lachen, wobei sie ein Geräusch in ihrer Kehle machte wie eine Henne, jenen absonderlichen, bösen, würgelnden Laut, wie ein Huhn ihn macht, wenn man es bei Nacht von seiner Stange aufhört.

Gypo hatte das Bettzeug zu seiner Zufriedenheit geordnet. Die Decke hüllte seinen Körper bis zur Brust ein. Die Augen begannen ihm zu sinken. Sein kleiner runder Hut saß immer noch auf seinem Kopf, vorn über die Stirn gezogen. Durch sein Gehirn ging ein beständiges Murmeln. Die Geräusche, die Worte, die Gerüche um ihn her hatten keine Bedeutung mehr für ihn.

Schlafe, Schlaf, Schlaf.

„Jesus!“ kreischte wiederum die alte Frau und versuchte voller Wut, sich zu erheben. „Mit das ein Verräter, neben dem ich liege? Heraus mit dir. In deiner Hand klebt Blut. Da ist —“

Gefahr, Furcht, alles war vergessen in seinem Verlangen nach Schlaf. Schlaf, Schlaf.

„Lieg still, oder ich schlag' dir des Gehirns ein“, zischte Katie, wiederum zum Bett zurückgehend.

Mit einem schmerzhaften Seufzer streckte Gypo seine linke Hand aus und ließ sie quer über den Körper der alten Frau fallen.

Sie unterlag dem Gewicht der mächtigen Hand. Sie lag über ihr, gelockert und erschöpft. Kezziger blinzelte sie über die Wölbung der Decken nach ihr hin. Vielleicht erlöste sie sie mit Schrecken. Wer weiß, welche Gefühle sich hinter diesem häßlichen Schweiß verbargen?

Gypo sah nicht nach ihr hin. Seine Augen waren fast geschlossen. Seine Müstern dehnten sich lautlos und zogen sich zusammen.

Schlafe, Schlaf, Schlaf.
Dann ein mildes Nennen zu den Bergen.
Schlafe, Schlaf, Schlaf.

Katie Fog stampfte auf den Boden. „Verdammte Geschichte.“

Sie ging in die Mitte des Zimmers. Dann verschränkte sie die Arme und stand mit weitgespreizten Beinen und vorgestreckter Brust und starrte mit glühenden Augen nach der verschommenen Wand. Sie warf den Kopf zurück und lachte.

„Bin ich nicht verrückt? Bin ich nicht verrückt? Die ich mit den feinsten Herren im Land gehen könnte? Weißt du, daß mein Großvater der Herzog von Clontiffey war? Weißt du das? Und meine Mutter war väterlicherseits mit dem Königshaus verwandt. Nicht etwa mit dem König von England, sondern mit einem kühnen König von Spanien, da, wo die Orangen wachsen und wo sie Wein trinken aus Brunnen wie Wasser vom Shannon-Fluß. Ich bin da nämlich geboren und in einem Schloß aufgewachsen, groß wie die Grasschaft Waterford, und Erzbischöfe haben mich bei Tisch bedient mit roten Servietten überm Arm wie eine richtige Dame.“

„Herje, willst du wohl die Puste anhalten“, piepte die alte Frau. Sie versuchte ihren Stock zu schwenken und sich los-

Der Roman erscheint in Buchform

In der Serie der „Romane der Welt“ zum Preise von Mk.

zumachen von der Hand, die auf ihr lag. Aber die Hand wurde einen Augenblick lang steif. Das alte Weib wurde von ihr niedergedrückt, dann wurde die Hand wieder schlaff.

Schlafe, Schlaf, Schlaf.

Katie Fog sah ihn einen Augenblick lang trübsinnig an. Ihr Gesicht wurde hart, die Augen verengten sich zu Punkten. Dann blickte sie wieder fort gegen die Wand. Ihre Unterlippe sank herab, die Augen weiteten sich. Zweimal sog sie an ihrer Zigarette und begann wiederum zu reden.

„Ich könnte dir Geschichten über das alles erzählen, Gypo“, rief sie, indem sie wild ihren Arm in seiner Richtung schwenkte. „Erzählen könnt' ich, weiß Gott, ich könnte. Aber wozu nützt das Erzählen? Wie? Was hat das alles für 'nen Zweck? Und Frater Conton hat mir keine Absolution gegeben. Schön, er soll zum Teufel gehen. O Gnadenmutter“, schrie sie plötzlich, sich bekreuzigend, „was hab' ich gelacht? Was —“

Louisa Cummins krächzte: „Ha, bekreuzige dich, bekreuzige dich bloß — nützt dir alles nichts. In die Hölle wirst du kommen, runter in die Hölle. Hahaha!“

„s ruht ein Fluch auf meiner Familie, Louisa, seit meine zweite Nefine, die Herzogin von — von — wie heißt doch gleich der Ort von dem sie Herzogin war? Ich vergess' es, obwohl ich oft mit meiner Mutter da war. Es ist irgendwo draußen bei Killiney. Gleichviel, die hat jedenfalls den Fluch über meine Familie gebracht. Dreizehn Affen hatte sie, die saßen immer bei ihr am Frühstückstisch.“

„Du Lügnerin, du Lügnerin“, schrie das alte Weib in plötzlicher Wut. „Sie konnte keine dreizehn Affen haben, sie konnte keine dreizehn haben. Das Giftzeug, das du zu dir nimmst, ist dir ins Gehirn gestiegen. Dreizehn! Verrückt!“

Gypo murmelte irgend etwas in einem wilden Flüstern. Beide Frauen sahen ihn an. Seine Lippen bewegten sich, aber die Worte waren unverständlich. Seine massige Brust schwellte sich in riesigem Maße und fiel dann langsam wieder zusammen, während der Atem in einem starken Strom durch die Müstern entwich. Sein sehniges Gesicht war bewegungslos im Schein des Feuers. Es sah traurig und sorgenvoll aus.

Schlafe, Schlaf, Schlaf.

Beim donnernden Tönen der gespenstigen Musik seiner Träume wurde er in schweren Wellen des Schlafes davongetragen. Ganz frühe Erinnerungen gewannen Gestalt und bedrückten ihn. Sie nahmen die Form von Wesen an, die ihn verfolgten.

Schlafe, Schlaf, Schlaf.

Seine Kraft lockerte sich, löste sich, glitt aus den Banden und schwebte geordnet auf den Dämpfen des Schlafes.

Schlafe, Schlaf, Schlaf.

Mit leise gedämpfter Stimme fuhr Katie fort: „Weißt du, was ich dir sagen will? Wenn ich tot bin, dann werden sie mich heilig sprechen, dann werde ich einen heiligen Brunnen haben, drüben bei Malahide Road, und ich werde jedem einen Fluch schicken, den ich nicht leiden kann, daß er aufwachen muß mitten in der Nacht und barsüß zu dem Brunnen gehen und den Becher trinken von dem heiligen Wasser, und niemals wird er wissen, daß ich's vergiftet habe. Eine verrückte Welt ist das, Louisa, und du wirst bald nicht mehr auf ihr sein, weil nämlich —“

Internationale Entwicklung des Frauenschutzes

Die Beschäftigung der Frau in der gewerblichen Produktion macht eine aufmerksame Ueberwachung der Bedingungen, unter denen sich ihre Arbeit vollzieht, notwendig. Der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebene Jahresbericht läßt erkennen, daß auch im Jahre 1930 der Schutz der Arbeiterinnen durch gesetzliche Bestimmungen in zahlreichen Ländern ausgebaut und vervollständigt wurde. In Deutschland wurde eine wissenschaftliche Erhebung über die Folgen der gewerblichen Frauenarbeit auf die Mutterschaft durchgeführt. Außerdem wurden im Jahre 1930 mehrere Bestimmungen gegen die Beschäftigung von Frauen in Walz- und Hammerwerken, sowie in der Glasindustrie und bei Arbeiten mit bleihaltigen Stoffen genauer umschrieben. In Belgien wurde durch eine Verordnung die Beschäftigung von Frauen in der Leim- und Gelatineindustrie geregelt. Bolivien verbietet nach seinen neuesten Vorschriften die Beschäftigung von Frauen und Kindern ganz oder teilweise in gesundheitschädlichen Gewerben oder bei Arbeiten, die körperliche und moralische Gefahren mit sich bringen. Ferner wurde das Höchstmaß für Traglasten sowie die Arbeitszeit und die Ruhepausen für Frauen festgesetzt. Das neue chinesische Fabrikgesetz vom 30. Dezember 1929, das noch in diesem Jahr in Kraft treten soll, enthält Bestimmungen über das Verbot der Nacharbeit und schützt die Mutterschaft. Es regelt ferner die Beschäftigung von Frauen in gesundheitschädlichen und gefährlichen Gewerben und setzt den Grundsatz des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit fest. Das chinesische Fabrikgesetz bringt den internationalen Arbeiterschutz in der asiatischen Welt ein beträchtliches Stück vorwärts. Finnland verbot im Jahre 1930 die Beschäftigung von Frauen unter 20 Jahren bei gewissen Arbeiten des Be- und Entladens, während Frankreich und Hongkong die bereits bestehenden Bestimmungen über die Beschäftigung von Frauen bei gefährlichen Arbeiten vervollständigten. Das englische Arbeitsministerium hat sich mit den Britenindustriellen in Verbindung gesetzt, um bessere Bedingungen für die Beschäftigung der Arbeiterinnen zu erlangen. In Niederländisch-Indien und Tanganjika wurde die Beschäftigung von Frauen bei Untertagarbeiten verboten. Das polnische Arbeitsministerium befaßt sich damit, die Folgen des Gesetzes von 1924 über die Beschäftigung von Frauen festzustellen. Das türkische Gesetz über öffentliche Hygiene enthält neben den Bestimmungen über den Mutterschutz einen Hinweis auf eine spätere Regelung der Beschäftigung von Frauen bei gesundheitschädlichen und gefährlichen Arbeiten. Der Schutz für Frauen und Mütter ist überall in der Ausdehnung begriffen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist daran hervorragend beteiligt. Ohne ihre rastlose Tätigkeit in allen Ländern und des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf internationaler Basis wären solche Fortschritte nicht zu verzeichnen gewesen. Dabei wollen wir natürlich nicht der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes vergessen. Dieses Amt ist der stärkste Schutz internationaler Sozialpolitik.

„Bange willst du mir bloß machen“, krächzte das alte Weib. „Auf deinem Grab werd' ich noch tanzen. Du Teufelsbrut, du bist die erste nicht, nicht mal die fünfte, die in den zehn Jahren in mein Haus gekommen sind und alle denselben Weg gingen. Nein, du nicht. Und du wirst auch nicht die letzte sein, oho! Alle habt ihr hübsche Gesichter. Alle habt ihr schöne, starke Männer, die euch küssen. Aber die alte Louisa Cummins mit dem häßlichen Gesicht wird noch auf euren Gräbern tanzen. Die tanzt auf euren Gräbern! Hast du deinen schmutzigen Fluch auf ihn gemorfen? Verräter, oder was sonst alles er noch ist, ich werd' dich das nicht tun lassen. Geh weg vom Bett.“

Katie war zu dem Bett gegangen und hatte sich mit dem Ohr zu Gypso Gesicht herabgebeugt; sie lauschte seinem Atem. Sie hob das Gesicht, um nach dem alten Weib zu sehen.

„Er schläft wie ein Loter“, flüsterte sie mit einem Lächeln.

„Na, ist das vielleicht ein Wunder?“

„Red' ihn nicht auf, während ich fort bin, Louisa.“

„Wo willst du hin?“

„Kümmere dich um deiner eigenen Kram, Louisa. Ich warne dich.“

„Willst du zur Polizei?“

„Red' nicht so laut. Ich gehe nicht auf die Polizei. Ich geh' bloß eben mal weg.“

„Ha! Verraten willst du ihn, du Teufelsbrut. Angeben willst du ihn.“

„Nichts von der Sorte. Ist er vielleicht kein Verräter? Mach' keinen Lärm. Red' ihn nicht auf, oder sie werden dir Blei zu freßen geben, wenn sie kommen. Die Warnung geh' ich dir. Halt den Mund.“

Sie bewegte sich rückwärts gegen die Tür, die Hand trohend gegen das alte Weib gerickt. Die sah ihr nach. Ihr Mund war weit offen, ihre Augen irrten umher.

(Schluß folgt.)